

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturmampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. jene Haus 2,50 M. (halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Aufstellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2. Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Kreisrediger: 17 239 / Postleitzettel: Dresden Nr. 18600. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-2. Güterbahnhofstr. 2 / Kreisrediger: Amt Dresden Nr. 17 239 / Druckhaus: Amt. Arbeitsschule Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal geplante Nonpareilleseite oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Abonnement angeschlossen an den dreifachen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigen-Anzeige wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Tageszeitung Dresden-2. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 13. März 1929

Nummer 61

Die Schwerindustrie deckt die Karten auf

Sturz des Sowjetregimes Vorbedingung für Ostromorientierung

Vor einigen Wochen hat die Deutsche Bergwerkszeitung definitiv die Linie der deutschen Schwerindustrie in den internationalen Fragen aufgerollt. Ein festes Bündnis zwischen Deutschland, Frankreich und England mit der Spize gegen Sowjetrußland — das war das Programm der hinter der Deutschen Bergwerkszeitung stehenden schwerindustriellen Kreise, das die Börsen und Schäfte, den deutschen Fachverständigen, zur Pariser Reparationskonferenz mitnahm. Jetzt, wo die Reparationsverhandlungen in ein neues Stadium getreten sind, und die Frage des Kaufpreises für die Beteiligung Deutschlands in einem Krieg gegen die Sowjetunion lebendigere Gestalt gewinnt, hält es die Deutsche Bergwerkszeitung, d. h. die hinter ihr stehenden Trustkreise, für nötig, den Kriegsfall gegen die Sowjetunion zu wiederholen. In der Nummer der Deutschen Bergwerkszeitung vom 10. März wird die alte Grammophonplatte über die westrevolutionären Blöde Russlands noch einmal abgespielt, und die Notwendigkeit einer Intervention aufgerollt:

"Natürlich wäre ein enges Zusammenarbeiten und Zusammengehen mit Russland eine Ostromorientierung, durchaus möglich, aber nicht mit diesem Russland... Diese Staatsform ist für Russland, wie sie es für Deutschland wäre, das wirtschaftliche, kulturelle und politische Verderben, eine Staatsform (die kapitalistische, Nam. d. Red.) wäre eine Möglichkeit, aber eine Möglichkeit, die für die Machthaber des Sowjeten keine ist. Sie müssten dann ja sieden!"

Und da sie eben nicht sieden werden — das ist die unumstrittene, aber klare Forderung der Deutschen Bergwerkszeitung — gilt es für ihre Beliebigkeit zu sorgen. Diese Linie der Kriegsdrohung und Kriegsdrohungen gegen die Sowjetunion wird in der Deutschen Bergwerkszeitung katastrophalweise mit der Versicherung über deutlich ausgesprochenen Orientierung gegen Amerika verbunden. Man soll keine Kampffront gegen Amerika aufstellen, aber man soll ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Gegengewicht, die weiter als eine Vereinigung der europäischen Großstaaten bestimmt wird, lassen. Dem letzten Punkt da drüben, so heißt es wörtlich in der Deutschen Bergwerkszeitung, muss ein Blod in Europa entgegenstehen werden:

Auch diese Neuerungen sind ein Signal dafür, wie weitgehend die deutsche Schwerindustrie sich in die englisch-französische Imperialistenfront eingegliedert hat. Auch sie sind ein Signal der drohenden Kriegsgefahr. Man vergesse nicht, daß die Deutsche Bergwerkszeitung nicht etwa von einigen Außenseitern, sondern das Blatt des Stahlkaisers, des rheinisch-mittelhessischen Kohlenmonopols ist. Es ist das Blatt jener Kapitalismächte, in deren Namen augenblicklich Vögel in Paris mit den Vertretern der imperialistischen Geschwadre verhandeln. Wer die englische und amerikanische Presse verfolgt, weiß, daß der Ton der gegenwärtigen Auslandsonderberichtungen sich immer mehr zuspielt. Der Widerchein dieser Kriegsvorbereitungen ist die Sprache der Deutschen Bergwerkszeitung. Verpflichteter Kampf um die Beteiligung der Sowjetunion gegen den imperialistischen Krieg muß die Antwort des Proletariats auf den neuen Kriegsfall der Schwerindustrie sein.

Orloss darf ohne Prozeß verschwinden!

Jörgiebel muß ihn decken

Berlin, 13. März (Eigene Drahtmeldung.)

Wie wir erfahren, sind die Jörgiebelbemühungen, einen Prozeß gegen den Dokumentenältester Orloss zu vermeiden, von Erfolg gekrönt. Orloss wird für seine ungeheuerlichen Verbrechen nicht bestraft werden. Man gab ihm vorher auf, innerhalb zweier Frei Preußen zu verlassen. Der Mordattentäter und Dokumentenältester soll nicht bestraft werden, denn seine Verbrechen richten sich ja „nur“ gegen die Sowjetunion und außerdem war dieser Orloss die rechte Hand Jörgiebels im Kampf gegen ausländische Revolutionäre. Orloss hat ganz unverblümmt gedroht, daß, wenn es zum Prozeß gegen ihn kommt, er rücksichtlos seine Verbindung mit Jörgiebel und den Spießen der politischen Polizei aufdecken wird.

Die Verschlagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Annahme des Spaltungsantrages Urichs auf der Generalversammlung — Die Opposition antwortet: Es lebe die Kommunistische Internationale!

Berlin, 13. März (Eig. Drahtbericht)

Mittleren Abend fand die Berliner Generalversammlung des DMV statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand, wie es nach den Erklärungen über die sozialdemokratische Fraktionssitzung nicht anders zu erwarten war, der Spaltungsantrag des reformistischen Gewerkschaftsvertreters Sommerfeld. Derleihe hielt eine wütige Schimpfarede zur Begründung seines Antrages. Doch ihm nahm der berüchtigte Urich das Wort, um durch Einbringen eines „Zusatzantrages“ den Antrag Sommerfeld noch zu verdorren. Der neue Antrag über den die Generalversammlung entscheiden sollte, obwohl dieser erst den Wahlkörper hätte vorlegen müssen, behauptet, daß die Ostromverwaltung jeden Funktionär, der sich nicht verpflichtet, in Wort und Schrift gegen die Röntgenlinien der Kommunistischen Partei zu sämpfen, von einer Kündigung entbunden und auslöschen kann. Die Folge dieses Vorgehens würde sein, daß man Judentauende aus dem Verband ausschließt, d. h. die Gewerkschaften spalten, und daß Gewerkschaftsleiter, der als Sprecher der Opposition mit den reformistischen Gewerkschaftsvertretern abrechnet, zum legitiem Anführer der Generalversammlung gewählt wird. Die reformistisch zusammengeholte Generalversammlung nahm den Antrag Urichs an. Darauf droht die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ein dreifaches Hoch auf die Kommunistische Internationale und verläßt unter dem Gepräge der „Internationale“ die Generalversammlung.

Der Beschluß der Berliner Generalversammlung des DMV, alle oppositionellen Mitglieder, die nicht bedingungslos kapitulieren vor dem sozialdemokratischen Vertreter des DMV aus der Organisation des DMV auszuschließen, wird auch für die anderen reformistischen Verwaltungsstellen der Anlaß sein, die Methoden Urichs im Anwendung zu bringen. Die Ergebnisse des Beschlusses der Dresdner Ostromverwaltung des DMV gegenüber denjenigen des Verbandes, die auf revolutionären Betriebsräte-Hüten kandidierten, und die Vorgänge in Heidenau, über die mit an anderer Stelle berichtet, liegen ganz im Sinne des Berliner Antrages.

Zu dem Beschluß der Berliner DMV-Generalversammlung schreibt die Rote Fahne u. a.:

„Die Urich und Sommerfeld wissen, daß die Berliner Metallarbeiterchaft in ihrer Mehrheit nicht hinter dem Reformismus, nicht hinter der statutenwidrig aufgesetzten Ostromverwaltung steht, sondern bei der revolutionären Opposition. Die Urich und Sommerfeld wissen, daß, wenn die Stimme der Mitgliedschaft in den sozialen Gewerkschaften entscheiden würde, der DMV eine der ersten Organisationen wäre, die sich von den Fesseln des reformistischen Bergweltgeistigkeits befreien und eine klassenkämpferische Führung geben würde. Gewerkschaften, die nicht den Arbeitersozialisten dienen, sondern der Lähmung der proletarischen Sozial-

wegung, die nicht Waffen des Klassenkampfes nicht Waffen der proletarischen Gegenoffensive gegen die Unternehmer, sondern Waffen für die Unternehmer, für die Riederhaltung der Arbeit, für die Sicherung des kapitalistischen Profits darstellen. In den Gewerkschaften in denen der Reformismus Triumphierte, würdigte sich die Bourgeoisie. Solche Gewerkschaften fordert nun der Sozialdemokrat im Zeichen der Koalitionspolitik, im Zeichen des Kurzes auf den imperialistischen Krieg. Nehmt Stellung in Belegschaftsversammlungen! Wählt Delegationen gegen die imperialistische Ostromverwaltung! Nächst Schluß mit dem reformistischen Verbandsgekrüppel! Verstärkt die Einheit des DMV! Antwortet bei den Betriebsrätewahlen! Wählt rote Betriebsräte, die sich unzweideutig zum Kampf gegen die Ostromverwaltung verpflichten!“

Die lästigen Metallarbeiter- und die Reichseisenbahner-Lohnverhandlungen gescheitert

Die Beisprechungen, die am 12. März zwischen dem Metallarbeiterverband und den lästigen Metallindustriellen stattfanden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Es soll heute Mittwoch weiter verhandelt werden, und zwar vor der Schluttaggregation. Es ist damit zu rechnen, daß ein ganz ungünstiger Schiedspruch für die lästige Metallarbeiterchaft gefällt wird. Die Metallarbeiter müssen in dem Betrieb zu diesen Lohnstagen entsprechend dem Chemnitzer Kampfprogramm Stellung nehmen.

Die gestrigen Beisprechungen der Eisenbahnverhandlungen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-AG, führten zu keinem Ergebnis. Die Gewerkschaften erklärten, daß die Kündigung des Lohnakkords infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter erfolgt sei, die Vertreter der Hauptverwaltung haben sich bisher noch nicht sozial zu den Forderungen geäußert, aber durchaus lassen, daß die Reichsbahnhauptverwaltung nicht bereit ist, auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung zu gewähren. Die Forderung, die von Seiten der Verbandsvertreter aufgestellt wurde, entsprach nicht im geringsten dem Willen der Eisenbahner. Die Eisenbahner haben gestorben, eine allgemeine Stundenlohnsteigerung von 15 % für die Arbeiter sämtlicher Stufen, Wirtschaftsgebiete und Unterstufen, feiner die Verfestigung des mörderischen Dienstbauerordnungen und die Einführung des Arbeitsentlastungstage. Für diese Forderungen müssen die Eisenbahner die Belegschaften mobilisieren. Überall müssen die Eisenbahner Kampfleistungen wählen und mit den Metallarbeiterverbänden ein Kampfbündnis schließen!

Die Verwaltungsreform der Heldtregierung

Von Rudolf Renner

Die sächsische Bürgerblöderregierung hat nun endlich den Landtagsabgeordneten die Vorlage über die Verwaltungsreform vorgelegt. Das Blatt des Oberbürgemeisters Dr. Blüher, der Dresdner Anzeiger, war schon lange Zeit vorher in der Lage, über diese Gesetzesvorschriften zu berichten. Die Verbindung mit den Verwaltungsbehörden hatte eine solche Berichterstattung ermöglicht. Der Staatsanzeiger höchst bekanntlich von einer Indikation, durch die der Dresdner Anzeiger in den Besitz der Vorlage gekommen war. Die Vorlage selbst enthält von Sparmaßen, über die so viel gesprochen wurde, außerordentlich wenig. Die Gesamtsumme dürfte über 1.000.000 RM erreichen. Um so mehr aber bemüht sich die „Verwaltungsreform“ in der Richtung der Drosselung aller Sollbestimmungsrechte der Gemeinden, der Einschränkung der lokalen Versicherungsgemeinschaft, der Verstärkung der Staatsaufsicht, also des kapitalistischen Wirtschaftsappells.

Im § 1 des Gesetzes wird die Aufhebung einer Anzahl Amtsgerichte vorgeschlagen. Diese Amtsgerichte sollen beseitigt werden. Amtsgerichtsbezirke angehören werden. Profitlich wird sich dabei ergeben, daß eine Anzahl wirtschaftlicher Unternehmen der Kleinhäuser und Handwerker, aber auch der Arbeiter schwer betroffen werden. Längere Reisen für die Arbeiter Aussfälle von Zahn durch Arbeitswissenschafter wird das Ergebnis dieser Maßnahme, die der Regierung ein Etat von 170.000 RM bringen wird. Weiter wird in der Vorlage bestimmt, daß eine Anzahl Gewerbeaufsichtsräte aufgehoben werden sollen, eine Zusammenlegung von acht Ämtern erfolgt. Schon jetzt gelingt es bei den Gewerbeaufsichten, daß viele Betriebe oft nicht kontrolliert werden, da es an dem notwendigen Aufsichtspersonal fehlt. In der Begründung erklärte die Regierung zwar, daß für die Gewerbeaufsichtsräte Kleinautos angekauft werden sollen, damit eine einfache Arbeitsabfuhrführung gegeben sei. In der Praxis wird aber die schlechte Arbeit der Beamter durch die Technisierung nicht aufgehoben werden. Bereits jetzt werden soll das Landesversicherungsamt und die Erledigung seiner Geschäfte dem Reichsversicherungsamt übertragen werden. Auch das bedeutet nichts anderes, als daß die ihnen jetzt überlassenen Verfahren noch viel mehr verschleppt werden, so daß die mit dem Landesversicherungsamt Verhandlungen durch Überweisung an das Reichsversicherungsamt oft noch beträchtlich längere Aufschubung der Erledigung ihrer Verfahren erfahren werden. Hier wird schon ein erster Eingriff in die Sozialfürsorge gemacht, dem ich weiter anhinge, daß die Fürsorgestellen und Hauptfürsorgestellen für Schwerbehinderte aufgehoben und ihre Geschäfte auf die Arbeitsämter und das Bundesarbeitsamt übergeleitet werden. Die Überleitungen für Schwerbehindertenfürsorge werden aufgelöst. Wird, wie in der Vorlage vorgesehen, die Fürsorge für die Schwerbehinderten auf die Arbeitsämter übertragen, dann ist es ganz klar, daß eine weitere Benachteiligung der Schwerbehinderten (Arbeitsbehinderten, Schwerbehindertenblind, Schwerbehindertenbehinderten usw.) eintreten wird.

Diesen Maßnahmen folgen Bestimmungen, die die schwersten Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden darstellen. Das Ministerium des Innern soll die Gemäßigtung erhalten, Bezeichnungen oder die Teilung von Gemeinden vorzunehmen. Das Bestimmungsrecht der Gemeinden darüber wird aufgehoben; ebenso wie aufgehoben der Volkswirthschaft in den Gemeinden. Hier zeigt sich schon ganz klar der reaktionäre Charakter, der in der Linie der Diktatur steckt. Harmlose hören sich zum Teil die Bestimmungen an, die nach dem § 8 dieses Gesetzes gefordert werden und zu deren Durchführung der Landtag dem Gesamtministerium die Gemäßigtung erteilen soll. Die Bestimmungen zeigen sich nämlich in der Linie der Konzentration der Verwaltungsmassnahmen. Eine besonders außerordentliche Fortsetzung bedeutet, daß bisher gänzlich den Staat oder den Gemeinden obliegende Maßnahmen in Zukunft den berufständigen Körperschaften übertragen werden sollen. Diese Bestimmung zeigt ganz deutlich, wohin die Entwicklung in der kapitalistischen deutschen Republik geht. Bis her geleistete Maßnahmen werden ganz offen den Interessenvertretern übertragen. Die Diktatur des Unternehmers zeigt sich ganz unverhüllt. Hier werden schon Musterlinien Methoden eingesetzt, der Schleier des angeblich neutralen Staatsapparates wird abgeworfen. Die Unternehmer erhalten das massive und unverhüllte Recht, über ihre Interessen unter Ausschaltung des Staatsapparates zu bestimmen.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache dieser „Verwaltungsreform“ ihre defensiven Fähigkeiten zu schärfen. In diesem Gesetz zeigt sich schon die gesamte Entwicklungslinie der nächsten Zeit an. Nur wenn die Arbeiter diesen Bestimmungen in ihren Anfangen wehren, werden sie in der Lage sein, die Herrschaft der Unternehmer-Diktatur zurückzudringen. Auf dem Gebiete des Unternehmensministeriums verlangt die Regierung ebenfalls die Gemäßigtung zur Zusammenlegung und zur

festigung des Dualismus. Die Forderung erstreckt sich im wesentlichen auf die sogenannten Wirtschaftsschulen. Bisher besteht der Zustand, daß die Wirtschaftsschulen zum Teil dem Wirtschaftsministerium, zum Teil aber dem Volksbildungministerium unterstehen. Schon lange sind die Kapitalisten bemüht, die Berufs- und Wirtschaftsschulen dem Wirtschaftsministerium vollständig zu unterstellen, um damit noch stärkeren Einfluß auf diese Schulen ausüben zu können. Das langerstrekte Ziel der Industriellen soll jetzt mit der Vorlage erreicht werden. Zum Schluss beschäftigt sich die Vorlage mit der Ueberführung der Altersrentenbau auf die Sächsische Staatsbank.

In der Begründung der Vorlage erklärt die Regierung, daß sie schon einen Teil Reformmaßnahmen durchführte, zu denen die Zustimmung des Landtages nicht unbedingt erforderlich war. Die Staatspolizeiverwaltung sei aufgehoben. Dabei ist aber in letzter Weise ein Abbau des Unterdrückungsapparates durchgeführt. Die Staatspolizeiverwaltung ist als Abteilung für die Landespolizei dem Inneministerium angegliedert. Gleichzeitig damit ist die Verbindung der blauen Polizei mit der Landespolizei vollzogen worden. Das aber bedeutet eine weitere Militarisierung des Polizeiapparates. Zusammenlegungen sind durchgeführt bei den Obliqueen des Bezirksfürsorgeamtes, bei den Postverwaltungen und sonst einer Anzahl Verwaltungsbüros. Im Volksbildungministerium bewegt man sich ebenfalls in der Linie der Kulturrevolution, die jetzt in ganz Deutschland herrscht. Die Bezirksschulämter und die Bezirksschulräte erhalten weitere Vollmachten. Die Mitglieder der Schulausschüsse aber werden herabgestuft, das Selbstbestimmungsrecht der Lehrer wesentlich eingeschränkt.

In der Begründung über die Maßnahme zur Zusammenlegung von Gemeinden bringt die Vorlage das Eingeständnis eines vollständigen Bankrotts des kapitalistischen Staates. Es heißt dort:

"Die Finanznot der Gemeinden des Landes ist in den letzten Jahren ständig größer geworden. Das Ende dieser rücksichtigen Entwicklung der Gemeindefinanzen lädt sich zur Zeit noch nicht absehen, zumal eine Umgestaltung des Landesfinanzausgleichs allein den Gemeinden keine wirksame Hilfe aus ihrer bedrängten Lage bringen könnte. Die Verteilungsfähigkeit beginnt langsam, aber sicher auf kleinere Gemeinden überzugreifen und bedeutet in der Zukunft eine ernste Gefahr für mittlere und kleinere Gemeinden."

Die Regierung hofft an, daß sie diesem ersten Schritt weitere Maßnahmen folgen lassen will. Jetzt stehen weitere Maßnahmen aus dem politischen Kräfteverhältnis noch nicht möglich. In der Begründung heißt es hierzu folgendermaßen:

"...Bei den politisch bedeutsamen Reformvorschlägen ist nach den politischen Kräfteverhältnissen oder wegen anderer Umstände ein Teil, wenige oder gar nicht, zur Zeit nicht durchführbar. Deshalb dürfen aber nicht die Maßnahmen zurückgestellt werden, über die eine größere Übereinstimmung zu erwarten ist. Sie sind, soweit sie der Zustimmung des Landtages bedürfen, in dem Gesetzentwurf zusammengefaßt. Durch das Gesetz wird die Verwaltungsreform aber nicht erledigt. Diese ersten Schritte werden weitere folgen müssen. Hierzu wird die Entwicklung der Finanzen nötigen, die nicht gestoppt wird, bei den Sparmaßnahmen an den großen Ausgabenbereichen der öffentlichen Verwaltung, insbesondere am Schulwege und der Wohlfahrtspflege, vorüberziehen. Nur wenn auch hier zu rechter Zeit vereinfacht und verbilligt wird, mindert sich die Gefahr, daß später unter finanziellem Druck überstürzte Schritte getan und dabei wertvolle Errungenschaften preisgegeben werden müssen."

Auch hier bringt die Regierung als besondere Begründung die Notwendigkeit von Maßnahmen. Dass diese jetzt nicht das Wesentliche sind, sondern dass es sich in allen Fällen nur um eine Verstärkung der Diktatur-Böllermacht handelt, ergibt sich aus der Tatsache, daß zur gleichen Zeit, wo dieses Gesetz dem

Hamburger Demonstrationsverbot! „Das Verbot richtet sich ausschließlich gegen Kommunisten“

Hamburg, 13. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die polizeiliche Pressestelle teilt mit: „Mit Rücksicht auf die in Folge der Ereignisse in Wöhden vom Oberpräsidenten der Polizei erlassenen Versammlungsverbote hat sich der Senat entschlossen, auch für das Hamburger Gebiet alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel sowohl der Nationalsozialisten als auch der Kommunisten bis auf weiteres zu verbieten.“ Weil in Wöhden, mehrere Stunden von Hamburg entfernt, die Faschisten Arbeiter überfallen, verboten der zur Hälfte aus Sozialdemokraten bestehende Hamburger Senat die Versammlungen der Kommunistischen Partei in Hamburg. Selbst der Hugenberger Volksanzeiger muß eingehen: „Praktisch richtet sich hier das Verbot ausschließlich gegen die Kommunisten... Die Nationalsozialisten sah man hier nicht auf der Straße.“

Am 26. März findet ein Aufmarsch der Faschisten statt. Dieser ist nicht verboten. Aber durch das Demonstrationsverbot für die Kommunistische Partei will man die Gegenkundgebung der Arbeiter im Reime erwidern und nicht genug damit. Das Demonstrationsverbot für die KPD soll das Klingentreffen des RBB in Hamburg treffen. Die kommunistische Bürgerfraktion hat sofort einen Antrag eingebracht, der das Verbot des Faschistenaufmarsches und die Auhebung des Demonstrationsverbots für die Kommunistische Partei verlangt.

Zuchthaus für KPD-Buchhändler

Ein neues Schandurteil des Reichsgerichts

Leipzig, 13. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Der 19. Senat des Reichsgerichts verurteilte gestern in den in der KPD-Buchhandlung angestellten Erwin Dengler zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe. Das Urteil weist ihm vor, Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen gegen das Republikschutzgesetz und Verheimlichung eines Sprengstofflagers vor.

Kommunisten werden verhaftet

Hamburg, 13. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern sind zwei weitere kommunistische Arbeiter festgenommen worden, die bei den Zusammenstößen mit den National-

Landtag überreicht wird, eine andere Gesetzesvorlage zur Verarbeitung, nach der die Regierung durch die Herabsetzung des Mindestlohnens den Handelskern das Geschenk von 12,33 Millionen Reichsmark förmlich macht.

Die vorliegende Verwaltungsreform ist für die gesamte Arbeiterschaft der deutlichen Beweis dafür, daß Verwaltungseinrichtungen im kapitalistischen Staat lediglich zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, zu ihrer Entlastung von Steuern beitragen, sondern daß sie nur eine unbedeutende Distanz über die Arbeiter mit sich bringen. Eine für die Arbeiterschaft zweckdienliche Verwaltungsreform vermögt nur die Arbeiterschaft selbst, nach der Eroberung der Staatsmacht, durchzuführen. Nur die Räterepublik, nur die Diktatur des Proletariats vermag eine Verwaltungsreform, einen einheitlichen Staat für die Interessen der Arbeiterschaft zu schaffen.

sozialisten beteiligt gewesen sein sollen. Die Nationalsozialisten, die die Arbeiter überfallen haben, befinden sich nach wie vor im freien Fuß, während man immer mehr revolutionäre Arbeiter verhaftet.

Faschisten müssen vor Erwerbslosen flüchten

Bostic. (Eig. Drahtbericht)

Hier kam es zu schweren Ausschreitungen nationalsozialistischer Faschisten gegenüber Erwerbslosen. Die Nationalsozialisten griffen Erwerbslose auf offener Straße an, als ob die Erwerbslosen zu Wehr zu eignen begannen. Flüchteten sie. Ein großer Zug Erwerbsloser zog daraufhin vor das Verteigebäude der Nationalsozialisten und versuchte, das Gebäude zu überrennen. Die Nationalsozialisten feuerten aus dem Haus heraus in die Erwerbslosen.

Revolte im Erziehungshaus

Berlin. (Eigener Drahtbericht)

Am Sonntagabend kam es in dem Erziehungshaus Lindenholz zu einer regelrechten Empörung der Jünglinge. Die Aufsichtsbeamten alarmierten ein Überfallkommando, das mit Gewalt die Jungen überwältigte und 5 Jugendliche gefesselt auf einem Postauto nach dem Polizeipräsidium transportierte. 6 Polizeibeamte blieben im Erziehungshaus zurück. Die Empörung der Jungen ist darauf zurückzuführen, daß schon seit mehreren Tagen die Aufsichtsbeamten außerordentlich hart und streng vorgegangen waren und einen Jugendlichen seit mehreren Tagen in eine Zelle gesperrt hatten. Besonderswerte war von den verantwortlichen Beamten des Lindenholzes keiner anwesend. Der sozialdemokratische Regierungsrat Krebs war unauffindbar und sein Stellvertreter Erhard erkrankt.

Kopfzerbrechen um die Reparationsbank

Berlin. (Eigener Drahtbericht)

Reichsbankpräsident Schacht hat dem Reichspräsidenten Hindenburg über den Stand der Reparationsverhandlungen in Paris Bericht erbracht; er wird heute abend nach Paris zurückkehren.

Raum ist der Plan der Schaffung einer Reparationsbank aufgetaucht, entnehmen aufs neue die Gegenseite zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und England-Frankreich andererseits. Der Temps berichtet von Einwendungen, die England und Frankreich erhoben haben. Beide befürchten mit Recht, daß die Vereinigten Staaten mit Hilfe der Reparationsbank noch mehr als bisher die Führung der geläufigen Reparationsfrage an sich reißen werden. Sie befürchten „die Unabhängigkeit der Bank“. Belgien und Italien unterstützen Frankreich und England hierin. Die amerikanische World andererseits lebt sich für die Schaffung der Bank ein. Der bemerkenswerte Zug des Projekts sei die Umwandlung des bestehenden politischen Apparats in einen bankmöglichen. In englischen Bankkreisen wird eingewendet, daß die Gefahr drohe, die Reparationsbank könnte die Bank von England zu Aenderungen des Diktatuges zwingen, d. h. die amerikanischen Bankiers werden über die Reparationsbank den Kampf gegen die Bank von England führen. Die englische Industrie wendet sich auch gegen die deutschen Schließfertiger. Die Times erklärt: England steht dem System der Schließfertigungen unmissverständlich gegenüber. Die deutschen Schließfertigungen auf Reparationskontolo nach Italien hätten den englischen Auslandsmarkt gefährdet. Aber auch andere Industriezweige seien gefährdet.

Diese Gegenseite unter den Gläubigern Deutschlands sind ein Mittel, Deutschland noch fester in die Antilloisfront zu pressen. Die Reparationskonferenz entfällt also imperialistischen Konflikte schärfer denn je. Und dabei ist der Hauptsgrund noch nicht berührt: die Höhe der Höhe und der Dauer der Zahlungen.

Belgischer Kriegsplan doch echt!

Amsterdam, 13. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Utrechter Tageblatt behauptet von neuem, daß die von ihm veröffentlichten Geheimdokumente echt seien. Auftosender Stelle schreibt es unter anderem:

„Wir stellen ausdrücklich fest, daß sich seit unserer Veröffentlichung nichts aber auch gar nichts begeben hat, das als Beweis für die Unrechtheit der publizierten Dokumente gelten könnte. Wie das niederländische Kammermitglied, Dr. Marant, in seinem Organ, die Freiheitliche Demokratie ausführt, hat im Gegenteil die belgische Regierung die Echtheit der Schriftstücke anerkannt müssen. Die Stücke sind, wie aus der Regierungserklärung des Ministers Jaspar hervorgeht, auf belgischem Staatspapier und in belgischen Regierungsbüros geschrieben worden... Das die von uns veröffentlichten Schriftstücke erfunden sein sollen, vereint selbst Professor de Vontier (der ehemalige Präsident des internationalen Gerichtshofs im Haag), der sich übrigens zu unseren Veröffentlichungen sehr kritisch einstellt... Wie übernehmen noch wie vor für unsere Veröffentlichungen die volle Verantwortung, und wie wiederholen: die von uns veröffentlichten Dokumente sind echt.“

Ein neues Verbrechen der Liquidatoren

Prag, 13. März. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Sitzung des Vorstandes des IWB (des der KPD angeschlossenen Gewerkschaftsbundes der Tschechoslowakei) haben, wie zu erwarten war, die opportunistischen Elemente und die Liquidatoren die Spaltung der Roten Gewerkschaften durchgeführt. Sie haben die bisherige kollektive Führung gestürzt. Das Gewerkschaftsgebäude und die zentralen Sekretariate sind in den Händen der Spalter. Die Zentrale der KPD mobilisiert alle Kräfte gegen die Liquidatoren und Spalter. Sie hat sich mit einem Aufruf gegen die Spalter an die Arbeiterschaft gewendet.

Hochwasser!

Aus dem Reich laufen die ersten Meldungen über Hochwasser ein. Viele Landesteile sind in Seengebiete verwandelt. Die sich strömende Schmelzwelle in den Bergen bringt große Wassermengen in die niedrig gelegenen Teile der Provinzen.

Es liegen Meldungen vor von Rheinhessen, vom Rhein, aus Sachsen, Thüringen, aus der Provinz Magdeburg.

Die kommunistische Partei hat frisch genug auf diese Überschwemmungsgefahren hingewiesen und Vorbereigungsmittel gesetzt, um die arbeitende Bevölkerung vor dem Schaden des Hochwassers zu bewahren. Heute wird ihnen von überall gemeldet, daß Brücken und Staustufen zerstört werden, Schleusen überflutet und die Säanten der Kleinbauern, die meist in den Niedersungen liegen, vernichtet werden. Wir müssen verlangen, daß überall sofort Hilfskolonnen eingesetzt werden, und zwar aus den Reihen der Arbeitslosen gegen Bezahlung nach dem Taxif der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit einer beladenen Wasserzugabe. Die Gemeinden und Kreise haben für Wasserleitung und Wettermäntel sowie für menschwürdige Unterkunft zu sorgen.

Es müssen sofort genügend Fahrzeuge zum Abtransport der gefährdeten Menschen sowie Tiere, zum Transport von Lebens- und Futtermitteln bereithalten werden.

Es genügt nicht, wenn man es macht wie das Reichsbanner in Stendal. Dort hat ein Gewerkschaftsangehöriger des DMB eine Ansprache an die Reichsbannerleute gehalten und dabei verlangt, daß sie dem lieben deutschen Vaterlande es schuldig seien, zu helfen. Er verlangte, daß jeder dabei noch ein Paar Schaufeln, eine Paterne und für einen halben Tag Verpflegung sich mitbringen soll, natürlich ohne Bezahlung dieser Gegenstände und ohne Lohn. Mit Müst glaubte man die Reichsbannerarbeiter über die Schwierigkeiten hinwegzubringen und dem Hochwasser damit zu Leibe zu geben.

Aufgabe unserer Fraktionen in den Parlamenten, vor allen Dingen Provinziallandtagen, Kreistagen und Gemeinden, ist es jetzt, sich für die Hochwassergeschädigten einzusehen. Unsere Gemeinden Abgeordneten müssen in die Überschwemmungsgebiete gehen und mit den Gemeinde- und Kreisvorständen sich in Verbindung setzen. In öffentlichen Einwohnerversammlungen ist zur Bildung von Geschädigtenkommissionen, zusammengesetzt aus der werktätigen Bevölkerung, zu

scheinen. Die Aufgaben dieser Kommissionen sind: Gemeinsam mit den Ortsbehörden den Schaden festzustellen, die einer zweiten Einwohnerverzählung wieder zur Bezeichnung vorzulegen und, die dort getroffene Schlußfolgerung an die Behörden zu geben. Um aktiver für die Durchführung Sorge tragen zu können, müssen sie freisetzen und provinzial zusammenförfen. Gegen Geschädigtenkommissionen, die vom Landbund oder von Landwirtschaftskammern eingesetzt werden, müssen die in allgemeinen Versammlungen gewählten Kommissionen sich wenden. Verteilung der Julihilfe von Behörden darf nur unter Kontrolle der Geschädigtenkommissionen vorgenommen werden, und zwar unter Ausschaltung der Großbetriebe und ihrer Organisationen. Die erste Hilfsleistung hat an die geschädigten Bauern, Arbeiter und Kleingewerbetreibenden zu erfolgen.

Die Forderungen dieser Kommissionen müssen sein: Sofortige Bereitstellung ausreichender und unverzüglich Mittel für die geschädigten Werkstätten, Bereitstellung von Futtermitteln, Saatgut und Düngemitteln zu verbilligten Preisen, ebenso sofortige Bereitstellung von genügend Geldmitteln. Um Entmälungen, Dammbrüchen usw. in den Überschwemmungsgebieten sofort vorzubereiten, muß geordnet werden, daß bei diesen Arbeiten in erster Linie Arbeitslose zu berücksichtigen sind.

Bild links: Eisgang

Seit einigen Tagen ist das Eis auf unseren Flüssen in Bewegung. Mit lautem Getöse bricht die gewaltige Eisdecke auf, drängend und höhend treiben die Schollen zum Meer. Unter Bild vermittelt einen Eindruck von einem solchen Naturschauspiel. Es zeigt die alte Drausenbrücke in Bingen, die noch aus der Römerzeit stammt und die durch das abtriebende Nahe-Eis gefährdet ist.

Bild rechts:

Der eingefrorene Viehzug D 131c ist auf der Straße Brieselang-Dresden in Dahlen entgleist. Die Lokomotive fuhr in das Stellwerk 2 hinein. Außer der Lokomotive entgleisten der Postwagen und ein weiterer Wagen. Vier Personen, darunter zwei Beamte des Stellwerks wurden verletzt, zum Teil sehr schwer.



Ein neuer Erfolg sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Der Rat teilt zur Kündigung von Fahrkarten und Fahrtneinheiten der Städtischen Straßenbahn- und Kreisomnibuslinien und der Bergbahnen in Pöschwitz u. a. folgendes mit:

Die Geltung der Fahrkarten und Umstiegshilfe wird für Sonnabend den 27. April 1929 hiermit aufgehoben, und zwar für die Straßenbahnen, Kreisomnibuslinien und die Bergbahnen in Pöschwitz.

Gelungene Karten und Heile, die sich bereits im Verkehr befinden oder bis zum Dienstag den 2. April 1929 noch in den Verkehr gelangen, können bis mit Sonnabend den 27. April 1929 noch benutzt werden. Von Sonntag den 28. April 1929 an sind sie ungültig und werden vor kommenden Tagen eingezogen. Für nicht benutzte, teilweise nicht abgelaufene oder eingezogene Karten und Heile wird kein Ersatz geleistet; sie werden auch nicht gegen Karten oder Heile des flüchtigen Tarifes umgetauscht.

Die von Ministerbuch (SPD) und den anderen Koalitionsgenossen beantragten bzw. gutgeheizten Fahrpreiserhöhungen sind ja so "minimal", daß sie jeder Arbeiter zu tragen imstande ist. Besonders genau ist, daß die Dresdner Volkszeitung für diese ungeheure Massenbelastung nur die vom Rat zu Dresden und vom Verwaltungsrat der Städtischen Straßenbahn verlangten Begründungen anführt, sich jedoch aber jeder eigenen Stellungnahme enthält. Die Dresdner Volkszeitung macht also die Politik der Massenbelastung mit. Wie könnte es auch anders sein? Ministerbuch, der als Redakteur am Wettinerplatz sitzt, hat sich ja im Verwaltungsrat an der praktischen Fertigung dieser neuen, die Werktätigen ausplündernenden Tarife beteiligt. Daraus müssen die Arbeiter erneut den arbeiterfeindlichen Kurs der SPD erkennen. Für diese Belastung der Arbeitnehmerhaushalte zeichnet verantwortlich die Sozialdemokratische Partei, die — wie auch hier zu sehen — parlamentarische Positionen glänzend im Sinne der Arbeit ausnahm!

Revolte im Erziehungshaus

Anlässlich des Reichskongresses der Internationalen Arbeiterhilfe wird im Künstlerhaus zu Dresden am Sonnabend, dem 30. März, das schon sehr oft erwähnte Bühnenwerk Lampels, "Revolte im Erziehungshaus", durch die Theaterschuppe Junger Berliner Schauspieler für die Mitglieder der I.A.H. Delegierte zum Reichskongress und Quartiergeber ausgeführt. Der Eintrittspreis ist einheitlich für diese geschlossene Vorstellung auf 75 Pf. festgelegt, für Gäste auf 1.20 M.

500 Quartiere

bereitigt die I.A.H. zum Reichs- und Landeskongress Ostern 1929 in Dresden. Genossen, heißt der Organisation bei der Belebung der Quartiere. Haltet Unschau bei euren Hausbewohnern, bei den Betriebskollegen, wo ein Delegierter untergebracht werden kann. Bei Meldung der Quartiere Güterbahnhofstraße 24 können gleich die Eintrittskarten für die Veranstaltung im Künstlerhaus zum Vorzugspreis von 75 Pf. mit in Empfang genommen werden.

Das Elbeis in Bewegung

Aus verschiedenen an der Elbe gelegenen Orten wird gemeldet, daß das Elbeis verschwindet. So auch z. B. in Meißen, wo man vorher durch Sprengungen des Abtreibens erleichtert hat. Bei Hochwasser besteht allerdings für verschiedene Orte schwere Gefahr, von Einsturzungen bedroht zu werden.

Unfall Auf der Kreuzung Marienstraße-Nietzschestraße lief ein jähriges Kind in einen Straßenbahnen. Es wurde vom Triebwagen erfaßt und leicht verletzt. — Trotz Ruhm! "Wertvoll" — —

Film der Woche

U.L.: Der Zarewitsch. — **USA:** Nachtmast. — **Prinzess:** Der Herr vom Finanzamt. — **Capitol:** Der gehörige Kürzer. — **Zentrum:** Die Miseriachotaxe. — **M. S.:** Vater des Goldes. — **Freiburger Platz:** Ein Bandit von Ehre. — **Bolzschlips:** Mein Herz ist eine Jazzband. — **Weltstadt:** Ausflucht. — **Zügl:** Fräulein Chauffeur. Mittwoch 3 Uhr: Jugendvorstellung. — **Gloria:** Standort in Baden-Baden. Mittwoch 3 Uhr: Händel und Frey. — **Regina:** die unbekannte Frau. — **Schönburg:** Das und Valadon. — **T. B.:** Hoy! spielt der Strauss. — **Banja:** Die große Abenteuerin. — **Kädelburg:** Lichtensteine. Das Grabmal einer großen Liebe.

Tagesleiter der Dresdner Theater. Opernhaus: Hollstoff (19). — Schauspielhaus: Im weißen Röhl (19,30). — Albert-Theater: Die Frau, die jeder sucht (19,30). — Komödie: Das Geld auf der Straße (19,45). — Residenz-Theater: Blaubart (20). — Central-Theater: Variété und Die ungeliebte Eva (20).

Kommunisten und Verwaltungsreform

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion gegen die Auflösung der Abteilungen für Schwerbehindertenfürsorge.

Ein Antrag des Stv. Neuhof und Genossen vom 11. März 1929:

"Kollegium wolle beschließen,

a) vom Landtag und von der Landesregierung zu fordern, daß die im Verwaltungsreformgesetz gesetzte Auflösung der Abteilungen für Schwerbehindertenfürsorge und die Übertragung dieser rein fürsorgerischen Arbeit auf die Arbeitsämter und das Landesarbeitsamt nicht zum Gesetz erhoben wird;

b) den Rat zu ersuchen, sich dem Antrage anzuschließen, wird am Donnerstag, dem 14. März, im Dresdner Stadtverordnetenkollegium behandelt. Obwohl uns zu dieser Frage ein größerer Artikel vom Intern. Bund d. O. d. K. u. d. A. vorliegt, bringen wir heute — zum Beweis, daß alle Kriegsopferorganisationen geschlossen hinter den kommunistischen Forderungen gegen Verschlechterungen, die die sächsische Verwaltungsreform den Kriegs- und Arbeitsopfern bringt — einen uns vom Reichsbund eingezahlten Artikel. Es heißt da:

Wie bekannt geworden ist, hat das Gesamtministerium am 1. Februar 1929 den Entwurf eines Verwaltungsreformgesetzes verabschiedet. Neben der Aufhebung verschiedener Amtsgerichte sollen auch die Aufgaben nach dem Krieg über die Beschäftigung Schwerbehindriger, die seit Schaffung dieses Schutzgesetzes von den Abteilungen für Schwerbehindertenfürsorge durchgeführt wurden, den Arbeits- und Landesarbeitsämtern übertragen werden. Daraus werden insgesamt 47.908 Schwerbehinderte mit 50 und mehr % erwerbsthemmt sind, von den fünf Schwerbehinderten-Abteilungen, die sich am Ende der fünf Kreishauptmannschaften befinden, betreut.

Für dieses Aufgabengebiet gibt der sächsische Staat jährlich rund 250.000 RM aus. Da die Vermittlung der Schwerbehinderten als eine fürsorgerische Maßnahme angesehen werden muss, gibt der sächsische Staat für jeden einzelnen Schwerbehinderten im Jahre 5,08 M. für die Kosten der Arbeitsförderung aus.

In der Front der Pfaffenfnechte

In der Montagnummer der Volkszeitung schreibt man über den "kirchlichen Neubau in Trachau". Die Volkszeitung, die ihre Spalten zu gern der Heile gegen Kommunisten, besonders gern aber der Heile gegen die Freidenkeropposition öffnet, die selbe Volkszeitung, die da demagogisch schreibt, die SPD-Freidenker müssten erst den Befrei von der Opposition reinigen, bringt es fertig, zu diesem Neubau lediglich vom "architektonischen Standpunkt" und von "Standpunkt städtebaulicher Erfordernisse" Stellung zu nehmen. Selbstverständlich bezeichnet sie den Kirchenbau als "künstlerisch gelungen" und als "schönen Erfolg". Die "Raumausnutzung sei vorbildlich". Es ist wirklich "bewundernswert", was die Volkszeitung ihren Lesern an "marxistischer" Art zumutet. Nach der monatelangen Heile gegen die Opposition im Befrei entlädt sich hier die Volkszeitung selbst offen als das von der Freidenkeropposition längst erkannte und bezeichnete Organ des Zusammenganges mit den Schwortschützen. Sie enthält sich bezeichnenderweise jeder eigenen Stellungnahme zu der in Trachau stattfindenden antikirchlichen Demonstration, die von der Ortsgruppe des Befrei einberufen war, drückt vielmehr den Bericht des von dem offenen Sozialistischen Kürz geleiteten Polizeipräsidiums ab. Die Volkszeitung fügt dem Bericht nur ein: "Die Sozialdemokratische Partei und ihr nahestehende Organisationen waren an der Demonstration nicht beteiligt." Sie heißt also die Hammknüppel und Seitengewehr-Attacken gegen die Mitglieder des Befrei gut! Das ist höchstes Stuß, was sich die Pächter des Freidenkerverbandes hierzu ausführen hat und SPD und KPD wahrgenommen; da ke die Rahmen mitnehmen, lehnen wir das ab" Bei einer anderen Kircheinweihung in Cotta gehandelt man, um bei seinen Koalitionsgenossen nicht auszutreten, die Ausreden: Wenn wir eine Gegendemonstration machen, dann reichten erst die Einwohner, daß eine Kirche am Orte eingeweiht wird. Man sieht, wie die Kirche geht, insbesondere jenes Kettengelenk, der den Sozialismus als ein gutes Geschäft ansieht und überall herumtut, sich dort hineinzubringen, wo etwas Ewigliches verdient werden kann. In einem späteren Artikel lobt dieser Freude Feindsich noch besser im Spiegel sehen. Den Arbeitern aber rufen wir zu, sich abzuwenden und einzurichten in die Reihen der revolutionären Partei, in die rote Klassenfront, in die KPD. Arbeitersprecher 362

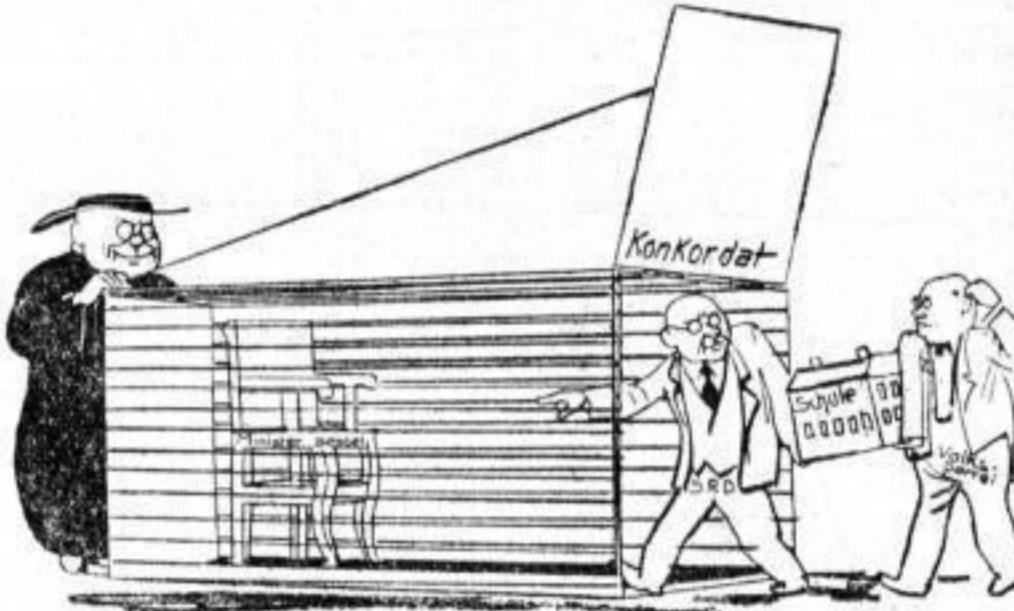
denken mitglieder! Ein Signal, die Führung des Verbandes den Reformisten zu entreißen und unter Führung der Opposition im gesamten Verband gegen die Kulturreaktion vorzutragen!

Eine Leuchte im Bez.-Vorst. des Befrei

Es muß einem jeden klauenbewußten Proletarier als selbstverständlich erscheinen, gegen das tolende Epiphanie von Opiumhallen bei dieser Wohnungsnot aufzutreten. Am Sonntag, dem 10. 3., wurde eine dieler Wohnung eingeweiht. Die Vorstadtkirche der Gruppe Cotta des Bezirk belästigte ihn mit ihrem Antrag der Opposition betrifft Beteiligung am Umgang. Das war wieder eine schwierige Situation für die Freidenker-Führer der SPD, für die Koalitionssohner. Man suchte, wie man die Beteiligung umgehen könne. Da erschien der "zeitende Engel". Der in der SPD gelegende, im Bez. Vorst. Akende und als Prediger bekannte Kutscher rettete die Situation. Wir demonstrierten als Freidenker nicht mit, da die Arbeitersstimme hierzu aufzutreten hat und SPD und KPD wahren; da ke die Rahmen mitnehmen, lehnen wir das ab" Bei einer anderen Kircheinweihung in Cotta gehandelt man, um bei seinen Koalitionsgenossen nicht auszutreten, die Ausreden: Wenn wir eine Gegendemonstration machen, dann reichten erst die Einwohner, daß eine Kirche am Orte eingeweiht wird. Man sieht, wie die Kirche geht, insbesondere jenes Kettengelenk, der den Sozialismus als ein gutes Geschäft ansieht und überall herumtut, sich dort hineinzubringen, wo etwas Ewigliches verdient werden kann. In einem späteren Artikel lobt dieser Freude Feindsich noch besser im Spiegel sehen. Den Arbeitern aber rufen wir zu, sich abzuwenden und einzurichten in die Reihen der revolutionären Partei, in die rote Klassenfront, in die KPD. Arbeitersprecher 362

Logische Erklärung

für die "merkwürdige" Stellung der Volkszeitung zur Trachauer Kircheinweihung



Kampf der „Faktion Konkordat“ im Befrei!

Ein Wort an die Delegierten der Unterbezirkskonferenz Dresden

Am 16. März tritt in den Aulaenälen (19 Uhr) die vom UB-Vorstand Dresden einberufene UB-Konferenz zusammen. Es muß sich notwendig, den Delegierten dieser Konferenz folgendes zu sagen, denn Paul Flach, der bürgerliche Konservativer im Befrei, verläuft in einem Artikel in der Dresdner Volkszeitung die Opposition zu verbünden. In der Nummer vom 9. 3. leiert er wieder einmal die ihm vom UB und der SPD-Befrei vorgelegte Woltz herunter und fragt: "Wer sind die Spalter?" Er führt ein Kundschreiben der Opposition von 1926 als "Beweis" für die Spaltungsbüchsen der Opposition an, in dem die partei-losen Freidenker zu besseren Verhandlungen aufgefordert werden. Damit will Flach "nahe weisen", daß das Spaltungsbüchsen der Opposition ist. Jeder Freidenker, der diese Zeilen in der Volkszeitung gelesen

hat, wird sich an die Stimme greifen und fragen: Ein guter Verhandlungsbaukasten bedeutet Spaltung? So etwas kann nur ein Flach (welch symbolischer Name!) schreiben. Aber: Warum in die Ferne schwitzen? In dem Kundschreiben der SPD-Konferenz, das wir schon abgedruckt haben, kann jeder Freidenker folgendes lesen: "So soll alles ausgemerzt werden, was nicht Mitglied der SPD ist." Dieser Satz beweist, daß allein die SPD-Führer vom Schlag eines Flachs die Spaltung durchführen. Der Flach, Odrisch und Kutsch beobachten, im Auftrag der SPD, der Partei des Koalitionssohners (die in der sozialen Volkszeitung die Kircheinweihung Trachau belobt und die Demonstranten beschimpft), den angeführten Satz in die Tat umzusetzen und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunisten und Partei-losen, gegen die Opposition, die sich gegen den SPD-Kurs wendet, geführt werden soll. Wo waren Flach und die anderen bei der Trachauer Demonstration, als es galt, aufzumazieren und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunisten und Partei-losen, gegen die Opposition, die sich gegen den SPD-Kurs wendet, geführt werden soll. Wo waren Flach und die anderen bei der Trachauer Demonstration, als es galt, aufzumazieren und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunisten und Partei-losen, gegen die Opposition, die sich gegen den SPD-Kurs wendet, geführt werden soll. Wo waren Flach und die anderen bei der Trachauer Demonstration, als es galt, aufzumazieren und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunisten und Partei-losen, gegen die Opposition, die sich gegen den SPD-Kurs wendet, geführt werden soll. Wo waren Flach und die anderen bei der Trachauer Demonstration, als es galt, aufzumazieren und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunisten und Partei-losen, gegen die Opposition, die sich gegen den SPD-Kurs wendet, geführt werden soll. Wo waren Flach und die anderen bei der Trachauer Demonstration, als es galt, aufzumazieren und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunisten und Partei-losen, gegen die Opposition, die sich gegen den SPD-Kurs wendet, geführt werden soll. Wo waren Flach und die anderen bei der Trachauer Demonstration, als es galt, aufzumazieren und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunisten und Partei-losen, gegen die Opposition, die sich gegen den SPD-Kurs wendet, geführt werden soll. Wo waren Flach und die anderen bei der Trachauer Demonstration, als es galt, aufzumazieren und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunisten und Partei-losen, gegen die Opposition, die sich gegen den SPD-Kurs wendet, geführt werden soll. Wo waren Flach und die anderen bei der Trachauer Demonstration, als es galt, aufzumazieren und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunisten und Partei-losen, gegen die Opposition, die sich gegen den SPD-Kurs wendet, geführt werden soll. Wo waren Flach und die anderen bei der Trachauer Demonstration, als es galt, aufzumazieren und alle Kommunisten und partei-losen oppositionellen Genossen auszuschließen. Flach kann wirklich nicht nachweisen, daß die SPD die Spaltung will, deshalb seine plumpen Manöver. Er kann nicht ernsthaft und sachlich gegen die Opposition polemieren, weil natürlich nur die Kommunisten mit den Partei-losen (siehe Trachauer Demonstration) den Kampf gegen die Kirche führen. Flach „appelliert“ demagogisch an die Mitgliedschaft und schreibt im Schlussatz: "Haben wir diesen Kampf ries! Kampf gegen Kommunisten und Partei-losen Siegreichen Siegreichen!" Siegreichen bestanden, werden wir uns respektlos den Kulturaufgaben (!) widmen können." Dieser Satz sagt deutlich, daß die Garnitur Verbandsführer den Kampf gegen das Konkordat und die es födernde Koalitionspolitik der SPD nicht führen will, daß der Kampf nur allein gegen die Kommunist

Der proletarische Kulturkampf

Feuilletonbeilage der Arbeiterstimme

Giftgas über Deutschland!

Lampels Giftgasdrama

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel hat die öffentliche Aufführung des neuen Theaterstücks von Lampel "Giftgas über Berlin" wegen Fehlführung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verboten. Gegen dieses verfassungswidrige Verbot ist Einspruch bei dem Oberverwaltungsgericht erhoben worden.

Um was handelt es sich bei dem Giftgasdrama von Lampel, der sich vor kurzem durch sein Drama "Revolution im Erziehungshaus" bekanntgemachen hat?

Ein Giftgasfabrikant arbeitet mit Kapitalisten des Reichswehrministeriums. Aber er produziert nicht genug, um die Behörde zufriedenzustellen. Vertragsmäßig wird ein Schiedsgericht eingesetzt, das ihm den Hals zuschlägt, seine Fabrik fortzunehmen, in die eigene Regie des Reichswehrministeriums unter dem Dachmietz des Fabrikzentrums überfliegt. Der Fabrikant, in die Enge getrieben, bringt den großen Giftgaskasten zum Platzen. Das Gas verteilt sich. Menschen werden davon angeschlagen, sterben dahin; ein furchtbartes Unsehen greift um sich. Das ist die Handlung des ersten Aktes.

Der zweite Akt spielt im Reichswehrministerium. Der englische Gesandte geht beim Oberst der Wehrmachtabteilung ein und aus. Verhandelt mit ihm. Aber mehr als das: "Seine Exzellenz" erscheint in der gut gelungenen Maske des Herrn von Seestadt. Er kommt von einer Reise. Er ist "außer Diensten". Er macht mit dem Oberst gelungene Bemerkungen über seinen Nachfolger, über den Minister mit dem "vernünftigen Pazifismus", der sich doch zu der Erkenntnis durchgerungen habe, dass Kriegsgelehrten zur Durchführung der Reichswehrschule, wie sie zu Seestadt Zeiten bestanden, seien auch heute notwendig. Seestadt aber — wie es im Stil heißt — "Seine Exzellenz" — ist der geheime Herrscher der Reichswehr, der Mann vom morgen.

Telephongespräche nach dem Zentrum der Zerstörung. Niemand antwortet mehr. Schließlich kommt ein Augenzeuge, der im Auto durch den Tiergarten fährt, das Entsetzen der Giftgas Katastrophe miterlebt hat.

Und nun handelt die Reichswehr. Ein Offizier benutzt den Fahrradverkehr, um dem Unterfeldwebel die einzige noch vorhandene Gasmaske abzunehmen.

Die Befehls- und Funkprüfung an die Regimenter und Garnisonen gehen hinaus. Seine Exzellenz erhält Befehl. Die Gefechtsleitung wird nach dem Funkturm verlegt. "Gasalarm" heißt das Kommando für alle Reichswehrgruppenkommandos und Dienststellen. Der Alt schlägt, als das Giftgas die Befehlsstraße erreicht und der seiner Gasmaske beraubte Unterfeldwebel, von seinem Vorgesetzten zurückgelassen, verendet.

Der dritte Akt spielt am Funkturm. Bald unten am Fuß, bald oben im Funkrestaurant, wo die Gefechtsleitung ihren Sitz hat. Die Arbeiterschaft hat das Giftgasverbrechen des Kapitalismus mit dem Aufstand beantwortet. Seine Exzellenz, der Diktator, verhängt den Belagerungsstand, das Standrecht.

Nun gibt es Szenen von überlagender Kraft und Wirkung. Szenen, deren politische und ideologische Kloster und Schörre untere Volksgemeinschaften erfordern. Auseinanderzuziehen zwischen den revolutionären Arbeitern und pazifistischen Schwämmen. Vor allem aber ein wohlaufhaltendes Zwiegepräch zwischen dem einzigen am Leben gebliebenen sozialdemokratischen Reichstagabgeordneten und dem Diktator, der ihn zum Einmarsch in die Regierung der nationalen Diktatur, zum gemeinsamen Kampf gegen den Generalstreik, gegen Totalitarismus aufrief. Der sozialdemokratische Sohn hat erst Bedenken, dann aber ist er „zur Wahrheit bereit“ und übernimmt die herührende „Verantwortung“. Auch er will die Farben schwärzen. Ein Gold gegen den bolschewistischen Umsturz verteidigen.

Auf der anderen Seite die Arbeiter. Sie bewaffnen sich, sie kämpfen. Die erste Extralage des Roten "John" erscheint. Sie fliegt die Verantwortlichen des Giftgasverbrechens an. Sie ruft zur revolutionären Gewalt, zum Aufstand.

Dies ist in kurzen Strichen der Inhalt von Lampels Giftgasdrama. Wir können uns an dieser Stelle nicht mit der Störte-

und den Schwächen dieses Bühnenwerkes vom Standpunkt revolutionären literarischen Schaffens auseinandersetzen. Hier interessiert die politische Seite des Verbots der öffentlichen Aufführung und Sicherheit verboten. Gegen dieses verfassungswidrige Verbot ist Einspruch bei dem Oberverwaltungsgericht erhoben worden.

Dieser famose Haustanz der imperialistischen Trustbourgeoisie betätigt sich nicht nur als Rüstsel seiner kapitalistischen Auftraggeber gegen Aktionen der revolutionären Arbeiterschaft, er verbietet nicht nur Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel, er verbängt nicht nur den kleinen Belegschaftsstandort über Berlin, um der Arbeiterschaft nach dem Vorbilde Jagow das Recht auf die Straße zu rauben, sondern er verbietet auch die Aufführung eines revolutionären Theaterspiels, macht sich zum Feind künstlerischen Schaffens. Mit dem Verbot von "Giftgas über Berlin" hat der Sozialdemokrat Jörgiebel zweifellos den Gipfel reaktionärer arbeiterfeindlicher Bestrafung erreicht.

Das Verbot Jörgiebels zeigt mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, daß die SPD-Führer zu jedem Mittelbereit für die imperialistische Trustbourgeoisie bereit sind, wenn es gilt, den Kampf der Arbeiterschaft gegen ein neues imperialistisches Böllermorden zu erschweren und zu verhindern.



Die Herde

"Im Felde da ist ja der Mann noch was wert"

Die bürgerliche „Kunst“kritik gegen „Giftgas“

Die bürgerliche Presse hatte ihr sämtlichen Kapazitäten aufgeboten, die das Stück "Giftgas über Berlin" nach Strich und Zügen versteigen sollten. Es galt, Herrn Jörgiebel auch vom "künstlerischen" Standpunkt aus die Rechtmäßigkeit seines Verbotes zu becheinigen. Die "liberalen" Deutlichkeit sollte sich über das zu erwähnende Verbot bekräftigen. Die Tendenz ging dahin: Das Stück ist schlecht! Und wenn ein schlechtes Stück verboten wird, brauchen wir uns nicht groß aufzuregen.

Herr Jörgiebel hat den Wind verstanden. Er weiß jetzt, daß er die bürgerlichen Kunstmüller — selbstverständlich aus rein künstlerischer Erwägung heraus — auf seiner Seite hat.

Die proletarische Deutlichkeit wird sich über dieses Wahnpot nicht lädiern lassen. Die Arbeiter, die ihren starken Beifall zum Ausdruck brachten, werden die öffentliche Aufführung des Stücks erwirken (auch in Dresden!).

Wir haben einige Berliner bürgerliche Pressestimmen folgen, die die Wahrheit des von uns Sagten beweisen werden.

Der "Volks-Anzeiger"-Kritiker verfehlt seine Begründung mit der Überricht: "Stinkbünden gegen die Reichswehr." Bei dem Verfehler vermisst er die Liebe, die Liebe zu der herrschenden Gesellschaftsordnung.

In diesem Giftgas arbeitet alleinalter Hahn, der Hahn gegen alles, was Staat und Staatsordnung heißt."

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" hat es mit der Galerie. "Die Galerie brüllte natürlich bei jedem Stichwort Verfall."

Die harmlos erscheinende Bemerkung hat keinen anderen Zweck, als Herrn Jörgiebel darum aufmerksam zu machen, daß "Giftgas" wohl von einem abgebrühten Kritikerpublikum, nicht aber von der großen Masse gelieben werden darf. Die Leute auf der Galerie könnten allzu leicht ihre Konsequenzen für den politischen Tagessieg ziehen.

Die "Bärenzeitung" schlägt die Brücke zu dem Minnō der liberalen Kunstkritiker.

Möglichen Behörden und Politiker mit ihm (dem Lampelschen Stück) als einen Antagonisten rechnen müssen, — vom künstlerischen Standpunkt aus ist ihm das Urteil gesprochen."

Herr Jörgiebel hat das Urteil der "Bärenzeitung" umgehend bestätigt.

Die fröhne "Germania" macht wieder einmal in sittlicher Entrüstung:

"Doch in einem Staat, der eine Republik ist, das Theater so weit politisiert werden darf!"

Die "Morgenpost" verlangt "dramatische Kraft" und

"klarendes Blut". Und weil angeblich dem Lampelschen Stück diese schönen Dinge fehlen, steht die "Morgenpost" keinen Anstoß, sich in irgendeiner Form gegen die Zensur ausszusprechen.

Die bürgerliche Presse kann sich mit der Haltung der Galeriebesucher nicht befriedigen. Tendenziell ist nichts für Volt, vor allen Dingen dann, wenn die Tendenz eine proletarische und revolutionäre ist. Zum größten Schaden für Stilk und Autor" habe die Direktion die Galerie mit organisierte kommunistischer Jugend gefüllt, die mit ihren findlichen Demonstrationen den Behörden Vorwände liefern müßten."

Kein, verehrter Schmolz! Die Vorwände liefern nicht die organisierte kommunistische Jugend, sondern die "liberalen" Presse! Preisschlag!

Die "Vorwärts" hält in dieselbe Kerbe. Auch ihr kommt wie dem "Vorwärts" war es peinlich, den innigen Kontakt zwischen der Bühne und den proletarischen Zuschauern feststellen zu müssen.

Die "Dresdner Nachrichten" nennen das Lampelsche Stück "eine nichtswürdige Sache" und geben offen die Kulturreaktion zu.

Der Berliner Polizeibehörde, die sich sonst im allgemeinen leider viel zu wenig darum kümmert, was auf den Berliner Bühnen vor sich geht, sind Bedenken aufgestiegen, und zwar, wie wir hören, auf Einflussnahme der Zentrumspartei beim preußischen Kultusministerium.

Kirche und Militär, Pfaffe und Offizier wider einstmal Hand in Hand!

Der "Dresdner Anzeiger": ... ein künstlerischer Schund.

Daß der "Vorwärts" überdies das Stück als Nebensächlichkeit, als Lappalat behandelt, ist weiter nichts als ein übler Verzugsmanöver seiner Heile gegen dieses Zeitroma. Der "Vorwärts"-Kritiker stellt sich auf den Standpunkt, daß die Befreiungen nicht ernst zu nehmen seien:

„Wo riecht Kors hätte das ganze Stück von dem Dramatiker aufgezogen werden müssen.“

Von welcher Seite die Angriffe ausgehen und welchen Zweck sie haben, geht aus einem Artikel hervor, den der jugendliche "Montag" gestern veröffentlichte. In diesem Aufsatz verlangt ein gewisser Dr. Erich Kränes eine "Zensur gegen den dramatischen Volktheismus". Darunter versteht er jede Kunstrichtung, die die Verbrechen dieser Gesellschaftsordnung zur Vorlage hat. Er fordert im voraus das Verbot aller Zeitdramen, von "Joseph", in dem der Fall Jaffaowski, weiter das Verbot von "Aufstand im Mansfelder Land", in dem die Geschichte des mitteldeutschen Aufstandes, die Geschichte des Genossen Hötzl behandelt wird.

Das alles sei eine "theatralische Propaganda für das Chaos und den Bürgerkrieg".

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Regierung Müller-Severing dem Befehl Hugenbergs nachkommen wird. Der Zensurkandal um "Giftgas über Berlin" beweist es. Weitere Vorwände werden folgen. Der Sozialdemokrat Otto Braun wird es sich nicht nehmen lassen seinen Koalitionspartern in jeder Weise entgegenzutreten. Gotteslästerungsprozeß, Hoch- und Bundesvertragsprozeß werden die Folgen dieser Machenschaften sein.

Eine Reihe von Kritikerorganisationen hat sich bereits zu einem Verein gegen die Zensur zusammengetan. Außerdem ist ein "Bund der Freunde junger Schauspieler" gegründet worden, der die Aufführung des Lampelschen Stücks ermöglichen soll.

Alle diese Abwehrmaßnahmen sind vollkommen ungenügend. Das beweist schon der Umstand, daß sich die bürgerlichen Kritiker und Schriftsteller als ersten Redner auf ihrer Demonstrationsversammlung den Reichskulturminister Senning verschrieben haben.

Nicht bürgerlicher Liberalismus, nicht schwächliche Deklamation für "Freiheit und Fortschritt" werden der Zensurreaktion standhalten können.

Der Kampf gegen die Kulturenzurück muß in Verbindung mit dem Kampf gegen die gesamte Reaktion und ihre sozialdemokratischen Salven geführt werden!

Die Treiber



"Vom Hohen Post läßt's sich gemütlich raten"

des Verbandes
zung der Oppo-
position vor-

es VfG

sterier als lebhaft
sprechenden mo-
narchie. Am
eingeweiht. Die
beteiligte am
eiligung am Am-
on für die Ar-
schäfer. Man
ne. Da erinnert
te, im Bez. Vor-
re setzte die Si-
icht mit, da die
D und RDP mit-
tigt das ab.“ Bei
brauchte man, um
die Ausrede
am erichten ist
geht wird.“ Man
benanntes Aus-
icht und überall
pas. Empfehlungen
Artikel soll die
Den Arbeitern
mit den Streben
hau in die Reihen
kont, in die KPD
respondenz 262.

nstitution

Fuß!

ragen; Ein gu-
t und Spal-
wisch symbolischer
Ferne schwiegen";
n, das wir ih-
folgenden lesen;
icht Mitglied der
die SPD-Führer
durchführten. Die
gen, im Auftrag
hers (die in der
g Trachau be-
den angeführten
unisten und par-
schießen. Doch
PD die Spaltung
Garn nicht
pposition politi-
mit den Partei-
en Kampf gegen
magisch an-
sah: „Haben wir
ommunisten
werden wir uns
können.“ Dieser
ebondsführer den
fördernde Koali-
h der Kampf nur
losen, gegen die
wenden, geführt
anderen bei der
aufzumarschieren
gegen die schwere
nen besorgt, daß
können! Der
ute darf deshalb
ne Freunde sind
oßie erkennbar.
Durchführer der
n. Die Mitglied-
wird ihnen am
die richtige ab-

19.30 Uhr, ver-
neuerbefehlung im
Befehl. In
sprechen. Die bis-
ind überall voll
politischer wegen
keit ist hierzu be-
hend und Um-
ng und erkennt die
Ber

Der Verband für
uppe Kreisau und
März 1930 Uhr,
Beratung. Da
benötigt. Diese
berichtet.

Spaltung des DmB Dresden

Gegen 36 Heidenauer Arbeiter das Ausschlußverfahren eingeleitet — Heraus zum Protest! — Kämpft gegen die Spaltungsbureauaustrale — für einheitliche Klassenkampfgewerkschaften und rote Betriebsräte!

Mit jedem Tag geht die reformistische Gewerkschaftsbürokratie brutaler gegen die Gewerkschaftsopposition vor. Den Bürgern einziger sollen jetzt die Ausschüsse ganzer Ortsverwaltungen der Verbände folgen, wenn sie auf dem Boden einer entschiedenen Klassenkampfpolitik stehen. Hausemann, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes läßt im Ruhrgebiet mit Unterstützung der Polizei die Gruppen des Bergarbeiterverbandes auf. Schiebel, der allgemeine des Eisenbahnerverbandes, verläßt in Lippe und im Saargebiet den Eisenbahnerverband und die Zölle und Fächer in Dresden lassen ihr Ziel hinauf in Heidenau zu zerstören, was noch zu zerstören ist.

Wir haben in mehreren Artikeln auf die Entwicklung der Heidenauer Differenzspalte hingewiesen, die durch die im letzten Jahr hinzugewonne Wohl der Ortskantonsvertreter eine Aufzähnung erfahren hat. Bei dieser Wahl verlangte die Opposition entsprechend ihrer Stärke von den 8 Wahlzährenden Vorstand 4 Vertreter und von den 30 Ausschlußmitgliedern 15 Vertreter für sie. Die Reaktionen im Pirnaer Ortsausschuß lehnten diesen Antrag ab und erklärten, daß sie es ablehnen würden, mit oppositionellen Kollegen auf einer gemeinsamen Liste zu kandidieren. Dieses Verhalten wurde von der gesamten Arbeiterschaft Heidenau als eine ungemeine Provokation empfunden, zumal die oppositionellen Delegierten während ihrer Tätigkeit in den Krankenhäusern wie auch in den Betrieben gezeigt hatten, daß sie verloren, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Wahl brachte auch eine vernichtende Niederlage der reformistischen Spaltler, denn während die Opposition auf ihre Liste 142 Stimmen und 16 Mandate vereinigen konnte, erhielten die Reformisten nur 98 Stimmen und 11 Mandate. Im Vorstand befanden sich die Oppositionellen 5 und die Reformisten 3 Sitze.

Diese Niederlage glaubten nur die Reformisten mit einem Heidenauerschlagnutzung der oppositionellen Gewerkschafter beanspruchen zu müssen. Der Ortsausschuß des ADGB Pirna ließ durch seinen sozialdemokratischen Vorsitzenden Heppner bei den angehörenden Organisationen den Antrag stellen, sämtliche Kandidaten und Wählervertreter der Opposition aus den Gewerkschaften ausschließen. Dieser Aufruhrklang kam zunächst bei der Bergarbeiter-Verband nach, der am 15. Januar den Kollegen Günther-Günther-Heldenau aus der Organisation ausschloß.

Die Ortsverwaltung Dresden des DmB stellte beim Vorstand in Stuttgart einen Antrag auf Erteilung eines Ausschlußverfahrens gegen circa 40 Mitglieder. Am 10. Januar wurden sie aufgefordert sich sofort zu rechtfertigen. In dem Schreiben heißt es:

Mit Ihrer Namensunterchrift unter diese Liste (Oppositionsteller) haben Sie sich abfällig und bewußt trock erfolgter Verantwortung als Gegner der offiziellen Liste bekannt, die unter Führung des Ortsausschusses des ADGB nach langjähriger Prüfung von den einzelnen freien Gewerkschaften aufgestellt worden ist. Sie haben also mit vollem Vorwissen die Ausschließung einer einheitlichen, freigewerkschaftlichen Liste hintertrieben und durch Ihre Handlungswelle auf das Schwere gegen die in Betrieb kommenden Verbände- und Ausgleichsbedürfnisse verstochen."

Unsere Meinung und gemeinsame Unterstellung liegt wohl wohl dieses Schreibens nichts zu wünschen übrig. Die oppositionellen Kollegen geben den Herren auch die richtige Antwort, indem sie dem Vorstand ein ausführliches Rechtfertigungs schreiben überbringen, dem wir folgendes entnehmen:

Un den Deutschen Metallarbeiterverband
Ortsverwaltung Dresden
Werte Kollegen!

In Eurem Schreiben fordert Ihr mich auf, mich wegen der Unterzeichnung der Kandidatenliste der Opposition zur Krankenhauswahl in Heidenau zu rechtfertigen. Ich habe in Beantwortung Eures Schreibens folgendes zu erklären:

Angehend von dem Grundtag, auf die Verwaltungsbürokratien der Sozialversicherung der Arbeiter zu entstehen sind, deren Wirken in der Arbeiterbewegung die Garantie für eine wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen bietet, habe ich mich gemeinsam mit anderen Kollegen bemüht, eine gewerkschaftlich Einheitsliste aufzustellen. Ich verstehe durchaus nicht, daß es Aufgabe der freien Gewerkschaften ist, die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft zu vertreten und dementsprechend einen einflussreichen Einfluß auf die Verwaltungen der Sozialversicherung zu erlangen. Ich habe deshalb meine Aufgabe darum geteilt, bei der Aufstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsliste für die Verstärkung jüngerer Kandidaten einzutreten, die sich bereits als Mitglieder des Krankenhausausschusses und -vorstandes in Heidenau, oder aber als Gewerkschafter bereits bewährt haben. Andererseits halte ich es für meine Pflicht, gegen die Kandidaturen von Kollegen einzutreten, deren bisheriges Verhalten den Interessen der Arbeiterschaft zuwidert.

Bogenannte Grundbegriffe entsprechend habe ich mich dafür eingesetzt, daß an der gewerkschaftlichen Liste diejenigen Kollegen berücksichtigt sind, die seit Jahren den Krankenhausausschuß und den Vorstand angehören. Aus diesem Grunde habe ich mich mit dem vom Kollegen Günther dem Ortsausschuß Pirna vorgelegten Vorstoss tatsächlich erklär, nach dem dem Stärkeverhältnis entsprechend die freigewerkschaftliche Liste für den Vorstand und den Ausschluß der Krankenasse Heidenau partitär zusammengetragen werden sollte.

Der Ortsausschuß Pirna des ADGB hat jedoch die Krankenhauswahl in Heidenau nicht unter Beachtung der gewerkschaftlichen Interessen vorbereitet, sondern hat die Wahl zu einer Angelegenheit der Sozialdemokratischen Partei gemacht. Unter Voranstellung der sozialdemokratischen Parteiinteressen hat der Ortsausschuß des ADGB Pirna die Kandidatur der von dem Kollegen Günther vorgeschlagenen, als Gewerkschafter und als Vertreter der Interessen der verschwundenen Arbeiterschaft deswährenden Kollegen abgelehnt. Doch die Haltung des Ortsausschusses des ADGB Pirna nur der Verstärkung des Einflusses der Sozialdemokratischen Partei auf die Verwaltung der Ortskantonsklasse Heidenau dienen sollte, begünstigt die Tatsache, daß einerseits solche bewährte Kollegen, wie der Kollege Günther und andere, als Kandidaten abgelehnt wurden, während andererseits der Kollege Günther, dessen bisheriges Verhalten der der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft allgemeine Verurteilung stand, als Kandidat vorgeschlagen wurde, nur weil er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist.

Es bedeutete das Verhalten des Ortsausschusses eine Schädigung der gewerkschaftlichen Interessen. Es war nur geeignet, bei der Arbeiterschaft das größte Misstrauen gegen die Gewerkschaften zu erwecken. Verhinderung einer einheitlichen Gewerkschaftsliste durch den Ortsausschuß zugunsten der Sozialdemokratischen Partei hat mich gezwungen, für eine Liste der oppositionellen Kollegen, denen, wie der Zufall bewiesen hat, die Arbeiterschaft das größte Vertrauen entgegenbringt, einzutreten. Eine Verleugnung der gewerkschaftlichen Interessen kann die unter solchen Verhältnissen entstandene Liste der Opposition nicht bedeuten. Jeder Arbeiter kennt die von ihm gewählten Vertreter der Opposition im Ausschluß und Vorstand der Heidenauer Krankenklasse als gute Gewerkschafter, und das bei der Wahl zum Ausschluß gekommene Vertrauen der Ar-

Sozialimperialistischer Kriegsrat



Die Oberbonzen des Reformismus: Kampf gegen den Kapitalismus in Linz. Mit dem Kapitalismus kommen wir friedlich aus. Unter Todfeind der Kommunismus, denn der verdrißt uns das Geschäft

bevölkerung zu den Kollegen der oppositionellen Liste muß sich deshalb auch an die Gewerkschaften übertragen.

Wenn ich durch das vom sozialdemokratischen Parteiinteresse beherrschte Vorgehen des Ortsausschusses Pirna zur Unterstützung der Liste der Opposition gezwungen wurde, so erkläre ich demgegenüber, daß ich noch wie vor gründlich für die Aufstellung gewerkschaftlicher Einheitslisten bei Wahlen zu den Verwaltungsbürokratien der Sozialversicherung bin. Ich erkläre mich deshalb auch bereit, falls der Ortsausschuß Pirna den Vorschlag des Kollegen Günther berücksichtigt, mich für die Wiederholung der Wahl zum Ausschluß und Vorstand der Ortskantonsklasse Heidenau einzusehen.

Diekt meine Darstellungen und Erklärungen beweisen, daß ein Grund zur Eröffnung eines Ausschlußverfahrens gegen mich nicht besteht. Ich beantrage deshalb bei der Ortsverwaltung, daß bestehende Ausschlußverfahren nicht zu eröffnen.

Die Durchführung eines Ausschlußverfahrens gegen mich, mit der in Euren Schreiben gegebenen Begründung, würde zu einer schweren Entstörung des Betriebs am der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften führen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man die Durchführung des vom Ortsausschuß Pirna beauftragten Ausschusses als ein Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnet.

Auf Grund dieses Rechtfertigungsschreibens erhielten die Kollegen ein Schreiben des Vorstandes, sowie ein Schreiben der Ortsverwaltung Dresden des DmB. Wir bringen diese beiden Schreiben ebenfalls zum Abdruck, um zu zeigen, mit welchen verbrecherischen Methoden die reformistische Bürokratie arbeitet. Dabei ist bezeichnend, daß als Vorsitzender dieser Untersuchungskommission der Sekretär Gilcher des DmB Dresden amtierten soll, derjenige, der die Anträge auf Ausschluß gegen die Heidenauer Mitglieder unterschrieben hat.

Herrn
Werter Kollege!

Am 10. Januar d. J. wurden Sie zur Rechtfertigung aufgefordert, da Sie sich entlasten der Ausschlußwahlen für die Ortskantonsklasse der Gemeinde Heidenau einer Handlung schuldig machen, die als verbandswidrig bezeichnet werden muß.

Es ist nun mit Rücksicht auf Ihre erfolgte Rechtfertigung nicht möglich endgültig zu entscheiden. Aus diesem Grunde

haben wir die Durchführung eines Ausschlußverfahrens gegen Sie beschlossen und als Vorsitzenden den Kollegen Otto Gilcher-Dresden bestimmt.

Von demselben werden Sie weitere Nachricht sowohl wegen der Benennung von Zeugen und Beisiegern als wie dem Verhandlungsstermin der Untersuchungskommission erhalten.

Mit Ernennung des Vorsitzenden der Untersuchungskommission ist das Ausschlußverfahren gemäß § 24 Abs. 4 unseres Statuts als eröffnet zu betrachten.

Nach § 25 Abs. 6 unseres Statuts ruhen während der Dauer des Ausschlußverfahrens die Rechte und Pflichten des betr. Mitgliedes. Nach dieser statutarischen Bestimmung müssen Sie das Mitgliedsbuch der zuständigen Ortsverwaltung aushändigen.

Wegen der Benennung von Beisiegern können Sie sich mit den anderen Mitgliedern unseres Verbandes, gegen die ebenfalls wegen derselben Angelegenheit ein Ausschlußverfahren durchgeführt wird, verständigen.

Mit voll. Erfah.
Der Vorstand des DmB
ges. handelt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Dresden
Dresden, den 4. 3. 1929
Gutschriften.

Betr. Ausschlußverfahren gegen Heidenauer Mitglieder.

W. R.
Der Ortsausschuß des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes Pirna hat beim Deutschen Metallarbeiterverband beantragt, die aus beigefügter Liste ausgeschlossenen Mitglieder aus dem Verband auszuholen. Der Vorstand des DmB hat diesem Antrag zugesagt. Sie wurden daher von ihm zur Rechtfertigung aufgefordert. Die Rechtfertigung ist nicht als ausreichend anerkannt und auf Beschluss des Vorstandes kommt das Verfahren gegen Sie eingestellt.

Der Vorstand hat mich nun zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission bestimmt und hat Ihnen bereits wissen lassen, daß nunmehr Rechte und Pflichten ruhen, d. h. daß Sie während der Durchführung des Verfahrens Zeiträume nicht entrichten brauchen, aber auch Unterstützung nicht empfangen können. Gemäß den Bestimmungen des Verbandsstatuts fordere ich Sie auf, mir umgehend Ihr Verbandsbuch zuzuladen. Um das Verfahren recht bald durchzuführen zu können, empfiehlt Ihnen, ich mit den übrigen Kollegen, gegen die das Ausschlußverfahren ebenfalls eröffnet ist, auf einige Beisieger, jedoch nicht über vier, zu verzichten. Sie zu benennenden Beisieger dürfen nicht an diesem Streitverfahren beteiligt sein. Sollte die Ernennung der Beisieger erfolgt, um so eher besteht die Möglichkeit, eine Sitzung stattfinden zu lassen. Die Beisieger wollen Sie bis spätestens Freitag den 15. März 1929 ernannt haben. Sollten bis dahin Beisieger nicht ernannt sein, so wird der Ausschluß ohne Vorverfahren durchgeführt.

Mit voll. Erfah.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Dresden
ges. Otto Gilcher.

Diese Maßnahmen der reformistischen Bürokratie müssen zu einem Massenprotest der gesamten Mitgliedschaft des DmB führen. Dielen Elementen, die im Interesse des Kapitals die Arbeiterschaft jeden Tag verrotten, die im Interesse ihrer sozialimperialistischen Politik die Gewerkschaften zerstören, die mit Hilfe des staatlichen Polizeiapparates Blutbäder unter der Arbeiterschaft anrichten, muß das Handwerk gezeigt werden. Die Gewerkschaftsopposition wird sich auch durch diese Maßnahmen nicht einschüchtern lassen. Sie wird in den Betrieben die Arbeiterschaft anstreiten und ihnen die verbrecherische Politik dieser Kapitalistischen Vereinigung vor Augen führen. Die bevorstehenden Betriebswahlen müssen zur Abrechnung mit den Vandalen der Bourgeoisie führen, die Arbeiter in den Betrieben müssen erkennen, daß es für sie nur eins gibt, in allen Betrieben rote, revolutionäre Betriebsräte zu wählen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und bereit sind, den Kampf gegen Unternehmers, Staatsapparat und Reformismus zu führen.

Gegen rote Hände

Aufprägen der Haut und unheilige Gaußarbe verwendet man um 1000 die königliche, leitende Creme Leodora, welche den Händen und den Geist eine matte Weise verleiht, die der vornehmen Dame empfiehlt. Ein beliebtes Mittel auch darin, daß viele neue Creme unbeschreiblich hell sind bei Anwendung der Haut wird und gleichzeitig hilft vor der nächsten Unterlage für Bude zu. Der wohlhabende Duft dieser Creme gleich einer feinfühligen Fruchtduft aus Neapel, Mailand und Südtirol, ohne jeden verdächtigen Holzmengen, den die vornehme Dame vorzieht. — Preis der Tube 3 RM. — Überall untermalen durch den Super-Siege, 100 g das Stück. — In allen Apotheken Verkaufsstellen zu haben.



WERDE MITGLIED DER INTERNATIONALEN ARBEITERHILFE!

Rüstet zum Reichskongress Ostern 1929 in Dresden

Arbeiter Jugendfront



Arbeitende Jugend, her zu uns!

Zum viertenmal seit ihrem Auftreten ruft die Rote Jungfront zu ihrem Marschauftakt.

Arbeitende Jugend hat nie den Kampf gegen Kapitalismus, wenn es darum ging, die Zukunft zu qualen, mitzuhalten im Kampf gegen das Kriegs- zum Aufbau des Neuen. Auch heute ruft auch die Rote Jungfront zum Kampf gegen einen Kapitalismus, gegen alle eute Unterdrücker und Feinde.

Jeden und zwölf Stunden arbeitet die Jugend in der Werkstatt oder auf dem Lande. Ihr Lohn besteht in Bettelpfennigen. Reichtum ist für den Arbeitenden und Meistern ausgeschlossen. Wagt es einer der Jungproleten, sich gegen diese Unterdrückung und Willkür aufzulehnen, so werden Polizei, Jugendgericht und „Rüchtige“ im Bezugsweg greifen, um dem jungen Rebellen mit harten Strafen oder Herabstellung in eine Kneipe das Leben zur Hölle zu machen.

Jugendhut und Jugendrecht leben in der deutschen Republik auf dem Papier. Kein Unternehmen nimmt sich um sie. Die Gewerkschaften, deren vornimmt Aufgabe es sein möchte, die Jugend in ihrem Kampfe zu unterstützen, unternehmen nichts.

Doch nicht genug damit. Die Jungarbeiter sollen wieder gebilligt werden. Militarisierung der Jugend, fordert die Kapitalisten und ihre Trabanten.

Gemeinsame Jugend.
Es fehlen während des Weltkrieges in Deutschland im Alter von:

19 bis 20 Jahre	109 290 Jugendliche
20 " 21 "	158 255 "
21 " 22 "	155 717 "
22 " 23 "	157 925 "
23 " 24 "	110 610 "

Wollt ihr das nächste Kanonenfutter seid, junge Arbeiter?

Unaufhaltsam treibt die Entwicklung zu neuem, tödlicherem Krieg.

Die Kapitalisten machen die größten Anstrengungen, die Sowjetunion, das Vaterland aller Werktätigen, zu bekämpfen. Sie treiben eine wilde, plausiblere Hölle gegen den ersten Arbeiterviertel, verführen ihn in den Augen der Arbeiterschaft herabzufallen.

Arbeiter sollen im kommenden Krieg junge Arbeiter als Kanonenfutter für den Geschlag werden, empfehlend, dass das Ausbeutung, jedoch nicht entgegen, die erheblichste.

Unbedingt, Täufende von Organisationen, angefangen von den fachlichen Wehrverbänden bis zu den angeblich „neutralen“ Wörtern und Gesellschaftsvereinen, haben nur den einen Zweck, den Jungarbeiter vom Kampf um seine Freiheit fernzuhalten, seinen Widerstandswillen zu töpfen, ihm für die Ausbeutung in Betrieb und Schüttengräben gefügig zu machen.

Das Unternehmensklimat reicht die revolutionäre Führung der proletarischen Jugend. Daraus resultiert ein starker Kampf gegen die revolutionären Jugendorganisationen. Daraus das Bestreben, den jungen Arbeitern in den Betrieben, Lehranstalten und Fortbildungsschulen jede politische Beteiligung zu verbieten.

Wenn die Kapitalisten die Militarisierung der Jugend restlos durchführen wollen, dann müssen sie erst den Widerstand der revolutionären Jugendorganisationen brechen. Dazu ist ihnen natürlich jedes Mittel recht. Verbote, besondere Verfolgung für proletarische Jugendorganisationen sind an der Tagesordnung.

So soll Militarisierung gelingen dem Kapital bei weitem nicht mehr die fachlichen Wehrverbände und das Reichsbanner. Es läuft jetzt durch seine Agenten im Reichstag den Antrag auf Arbeitsbündnis! Laut der Jugend sollen. Diese Arbeitsbündnis führt zur Verfolgung der allgemeinen Wehrpflicht dienen. Auch die Generale fordern für die gesamte deutsche Jugend „Schriftsport zur „Förderung der Erziehung“ als Vorbereitung zum allgemeinen Militärdienst.“

Zeigt euch das alles nicht den Weg, den die Entwicklung geht? Krieg steht vor der Tür, und gerade die Jugend, die während des Weltkrieges nicht an der Front stand, wie die Schreder des Weltkrieges nicht kann, so soll sie da bereit gemacht werden.

Trotz ihrer Gegenseite sind alle Imperialisten einig im Kampf gegen Sowjetrußland. Die Sowjetunion, das Land der Arbeiter und Bauern ist ihr grösster Feind, den es zu vernichten gilt.

Sowjetrußland aber ist das einzige Land, in dem die arbeitende Jugend vier und sechs Stunden arbeitet, in dem jeder Jugendliche einen vierwöchigen Erholungsurlaub hat, in dem die arbeitende Jugend auf Kosten des Staates auf den Universitäten studiert, in dem die politischen

bereiten, das Band der Freiheit und Freiheiten der Jugend, die Sowjetunion, vernichten wollen?

Die Rote Jungfront führt den schärfsten Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen Sowjetrußland. Verteidigung der Sowjetunion, heißt ihre Parole.

Uebertall ruft sie den Jungarbeitern zu, sich in die Rote Jungfront einzutreiben. Schüler an

Schüler mit der erwachsenen Arbeiterschaft wird die Rote Jungfront einen unablässlichen Kampf gegen alle neuen imperialistischen Kriege führen.

Karl Liebknecht, der gemordete Führer des Proletariats, der in den Tagen des Volksmordens die Jugend zum Kampf gegen den Krieg aufrief, ist uns ein leuchtendes Beispiel.

Am Seile Liebknecht gegen neue imperialistische Kriege. Dazu ruft die Rote Jungfront die gesamte deutsche Jungarbeiterchaft auf.

Willi Jaech.

Wer will unter die Soldaten...

Das „Reichsbanner“ fordert in einer seiner letzten Nummern die Jung-Reichsbanner-Leute zum Eintritt in die Reichswehr auf.

Uns're Zukunft liegt im Militär. Uns'r Stärke in Tanks und Haubitzen.

Wir brauchen ein treu-demokratisches Heer, Das Volk's Freiheit zu schützen.

Ihr kommt doch noch alle den 4. August

Und die Tage der Kriegskredite?

Wie schlägt da das Herz in der „Stampfernden“ Brust,

Was, das Kaisers treuster Elite.

Und später, als dann der Spartakus-Brand Die Volksgemeinschaftsvilla versengte, Wer's denn da, der das Bett in der Hand, Des Brandstifters ewiges Leben schenkte?

Das war Weis und Noske, das waren wir, Die Weimarer Verfassungspartei,

Die nun mir geretteten Staatspanzer Stolz durch das Schlamm der Geschichte waten.

Bald wird's wieder so sein, bald ist's wieder so weit,

Bald steh'n wir wieder auf Posten.

Bald sind wir wieder zum Marsch bereit,

Doch diesmal geht's nur nach dem Osten.

Wer jetzt noch fesselt vom Klassenhaß, Ist bloß ein verkappter Moskauer Wicht, Der begreift nicht, wozu Torpedos und Gms — Der begreift überhaupt unser Wehrprogramm nicht.

Drum sei, Kameraden, in die Reichswehr einschreien, Und zur Hand den Verfassungsdegen. Wir führen das proletarische Sch — wels Wieder horriblen Zeiten entgegen.

Albert Haack.

dieser Republik verteidigt der Jungarbeiter nun sein Elend, seine Ausbeutung und Unterdrückung durch die Unternehmer, die für die Wirtschaft beantworten.

Auch die Kämpfer des Reichsbanners erklären, daß sie für „Vaterlandverteidigung“ gegen den inneren und äußeren Feind sind, sie haben ebenso gegen Sowjetrußland. Nur die Farbe und die Sprache ist eine andere.

Deshalb, junger Arbeiter, kann dein Platz nur bei uns, bei deinen Arbeitskolibern in der Rote Jungfront sein. Kampf gegen den kommenden Krieg, gegen Militarisierung und Unterdrückung der arbeitenden Jugend. Für ein Vaterland, in dem die Arbeiter die Macht haben, wie es hier die russischen Arbeiter und Bauern erklungen haben und das wir deshalb mit allen Mitteln verteidigen. Das ist es, was wir wollen, darum haben wir uns in der Rote Jungfront zusammengetroffen, barum werden wir uns auch an dich, Kamerad.

Es geht um deine Interessen, um ein besseres Leben, das du mit uns erklungen mußt.

Darum werde Mitglied der Rote Jungfront

Grims.



Arbeiter nichts zu sagen, sondern nur zu gehorchen. Wie Entziehungsmassnahmen gegen die arbeitende Jugend werden von jenen Verbänden unterdrückt und befürwortet. Diese treffen dann mit allen arbeitenden Jungarbeitern auch dich. Darum muß du gegen die schwammeiroten Jugendverbände kämpfen und sollest du schon Mitglied einer dieser Organisationen sein, so bleibt dir nur eines: Ihre Reihen zu verlassen, weil sie gegen deine Interessen als Jungarbeiter verloren.

Neben diesen Jugendverbänden ruft dich auch das schwatzgoldene Reichsbanner und sein Jungbanner in seine Reihen. Dort sollst du die Republik, „deinen“ Staat, verteidigen. Über mit

denen die Rote Jungfront verhandigen.

Arbeitskampf, Vorträge und Kurse,

die in unserer Organisation regelmäßig abgehalten werden, sollen das Wissen unserer Kameraden und ihrer Lehren und nehmen uns ein Beispiel an ihrem Opfermut und ihrer Tapferkeit.

Wichtibildende, Vorträge und Kurse, die in unserer Organisation regelmäßig abgehalten werden, sollen das Wissen unserer Kameraden und ihrer Lehren und nehmen uns ein Beispiel an ihrem Opfermut und ihrer Tapferkeit.

Im Gelände, auch Nachtmarsche und Ferienfahrten ins Gedinge. Endem mit bei diesen Veranstaltungen den Wehrsport pflegen, wollen wir unsere Jungfamaderen körperlich erkräftigen und sie für den Kriegerkampf stählen.

Unter Marsch ins Kreis hat nichts mit den Latzherrnabenden der Wandervögel, die draußen mit Pfeifklang und Sonne ihre Zeit verbringen, gemein.

Zur Wehrjugendorganisation gehört eine einschlägige Bekleidung.

Diese ist im Rote Frontkämpfer-Bund, bei

jungen und erwachsenen Kameraden völlig gleich

und besteht aus grauer Mütze und Kittel, Koppel

und Kameradenkette, der roten Binden mit dem

Symbol des Bundes, der roten Raute, am linken Unterkörper.

Reisenlager

die wir im Sommer zu allen Gauen und im

Reichsommerlände durchführen, sollen uns neue

Kräfte für den nächsten Aufschwung geben, und

unseren Kameraden die Möglichkeit bieten, ihrer

freie Zeit im Kreise von Kameraden zu verbringen.

Unterhaltungsabende, bei denen wir zwangsläufig zusammenkommen und uns näher kennenlernen, sollen den Geist der Solidarität unter uns festigen und fördern.

Ein besonders wichtiges Gedicht ist: Wenn, um unseren Kampf führen zu können. Auf

Festtagenabenden geben wir den großen Revolutionären, ihrer Lehren und nehmen uns ein Beispiel an ihrem Opfermut und ihrer Tapferkeit.

Wichtibildende, Vorträge und Kurse, die in unserer Organisation regelmäßig abgehalten werden, sollen das Wissen unserer Kameraden und ihrer Lehren und nehmen uns ein Beispiel an ihrem Opfermut und ihrer Tapferkeit.

Unter Marsch ins Kreis hat nichts mit den Latzherrnabenden der Wandervögel, die draußen mit Pfeifklang und Sonne ihre Zeit verbringen, gemein.

Zur Wehrjugendorganisation gehört eine einschlägige Bekleidung.

Diese ist im Rote Frontkämpfer-Bund, bei

jungen und erwachsenen Kameraden völlig gleich

und besteht aus grauer Mütze und Kittel, Koppel

und Kameradenkette, der roten Binden mit dem

Symbol des Bundes, der roten Raute, am linken Unterkörper.

Reisenlager

die wir im Sommer zu allen Gauen und im

Reichsommerlände durchführen, sollen uns neue

Kräfte für den nächsten Aufschwung geben, und

unseren Kameraden die Möglichkeit bieten, ihrer

freie Zeit im Kreise von Kameraden zu verbringen.

Ewig der Rote Front!



werben muß, die als Streifzweckergarde gegen seine Arbeitgeber eingesetzt wird, wenn diese um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Stachelschläger, Nazis und Konterrevolutionäre wollen die

Arbeiter mit den Fabrikbesitzern eingehen, aber

und Konsuln gleicher Interessen haben. Aber

heißt sie einmal den Hochlohn, den du be-

fommst, an und vergleiche diesen mit dem deines

Unternehmers. Dieser wird ziemlich mal höher

sein, obwohl beim „Brotherr“ nicht Tag für Tag

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die politischen

Arbeiter und die Gewerkschaften

den Unternehmenskonsul kündigt, in dem die

Durchbruch in den Großbetrieben

rote Betriebsratkandidaten im Vormarsch

Eine Zusammenstellung der schon gemeldeten Erfolge bei der Wahlstellung von roten Betriebsratskandidaten in den Betrieben des Ruhrgebiets ergibt folgendes eindrückliche Bild:

In 47 Bergbaubetrieben wurden von den Belegschaften revolutionäre Betriebeheitslisten aufgestellt. In 18 Schachtanlagen konnte die Opposition auf den freigewerkschaftlichen Listen die absolute Mehrheit erobern. In weiteren 18 Bergbaubetrieben erreichte die Opposition auf den freigewerkschaftlichen Listen 30–50 Prozent der Kandidaten. Aus 3 Schachtanlagen wird gemeldet, daß die Opposition dort zusammen 7 Kandidaten gewonnen hat. In 7 Metallbetrieben wurden von den Belegschaften revolutionäre Betriebeheitslisten aufgestellt. In 10 Metallbetrieben eroberte die Opposition eine Mehrheit auf den Listen der Freien Gewerkschaften. In vier weiteren Metallbetrieben konnte die Opposition ihre Sitzesnehmen. In einem der Großbetriebe wurde die Liste parlamentarisch bestimmt.

Außer diesen liegen noch Meldungen von anderen Betrieben (Stadt und Gemeinde, Elektroindustrie, Straßenbahn usw.) vor, in denen in 8 Betrieben zum Teil revolutionäre Betriebeheitslisten und, und zwar oppositionelle Mehrheiten auf freigewerkschaftlichen Listen sich befinden.

Berliner Textilarbeiter wählen nur oppositionelle Betriebsräte

Bernichtende Niederlage der SPD

Eine gewaltige Niederlage erlitten die reformistischen Textilarbeiterverbandsbureauautoren in den Berliner Betrieben, trotz Majorität von oppositionellen Kollegen durch die Unternehmer. Trotz systematischer Verfolgung der Organisation durch die fortgesetzten Ausschüsse der oppositionellen Kollegen ist die Macht der Gewerkschaftsopposition in den Betrieben und im Textilarbeiterverband nicht zu erschüttern. Die ganze Ohnmacht der sozialdemokratischen Spaltung wird jedem Arbeiter offensichtlich, wenn er die Zusammensetzung der Betriebsräte in den größten Berliner Textilbetrieben sieht. Die Berliner Textilarbeiter wollen von Ihnen nichts wissen. Sie geben auf die arbeiterfeindliche Politik der Reformisten, auf die 21 Hungerschicksalssprüche, durch die Wahl von oppositionellen Betriebsräten die richtige Antwort. Die Bettelpennige des armen Schiedsspruchs für die nächsten zwei Jahre haben auch die gebildeten Textilarbeiter aufgerüttelt.

Oppositionelle Betriebsratslisten, von denen die meisten in der freigewerkschaftlichen organisierten Versammlung und in der Betriebsversammlung einstimmg angenommen worden sind, stellen auf die Belegshäfen von:

Spindler & Co., 1300 Belegschäftsziffer,
Armit, Kunstofffabrik, 1200 Belegschäftsziffer,
Heidrich & Co., Teppichfabrik, 700 Belegschäftsziffer,
Gebauer, Blecherei und Appreturanstalt, 650 Belegschäftsziffer,
A. und L. Lehmann, Plättchafabrik, 500 Belegschäftsziffer,
Proben und Sohn, Teppichfabrik, 250 Belegschäftsziffer,
Kochsportlinnei Weissensee, 120 Belegschäftsziffer.

2 Betriebe mit 400 und 600 Belegschäftsziffern stehen noch aus, aber auch hierfür die Opposition mindestens die Hälfte der Mandate besiegen. In oben genannten Betrieben ist nur in einem Betrieb ein Reformist und in einem anderen Betrieb 2 Reformisten auf der Liste. Das ist die richtige Antwort auf den Kampf der Mitgliederrechte durch die Bürokratie. Die Wahl von roten Betriebsräten ist die Antwort der Berliner Textilarbeiter auf den Spaltungsversuch der Verkürzung der Organisation, den Ausschluß der besten oppositionellen Kollegen, und die Abwürfung der Lohnkämme.

Schätzungen der Textilarbeiter durch die Opposition gibt die Gewöhnlichkeit dafür, daß auch in Zukunft die reformistischen Pläne an dem einheitlichen oppositionellen Betriebsratkörper der Berliner Textilarbeiter scheitern werden.

Freche Ausschlußdrohung gegen rote Betriebsrats-Kandidaten

In Chemnitz ist in dem Betrieb Schiert & Donner zur Betriebsratswahl neben der reformistischen Liste von der Belegschaft eine solche der revolutionären Opposition aufgestellt.

Brennende Ruhr

Roman von Karl Grünberg

Copyright by Gottliebsecker, Karlsruhe

Der sonst so bedächtige Mann hatte sich in immer größere Erregung geredet. Schier lauste seine Faust auf den Tisch, daß die geleerten Teller hochsprangen.

„Ich begreife nur eines nicht,“ lachte Sutrow, „daß die Verbände nichts dagegen unternehmen.“

Ruders lügt ein bitter-bohnißliches Lachen an.

„Die Verbände? — Wissen Sie noch, was Sie mit gestern aus dem Vorwärts vorlesen? Das war auch nichts weiter als so eine niederrücktötende Stimmungsmache gegen uns. Diese Leute kennen unsere Lage sehr gut. Die Gewerkschaftsbeamten sind doch durchweg eingefleckte SPD-Konzen. Derten jüngste Frage ist gelöst mit der schwartzeckigen Republik! Da gibt es ausichtsreiche Posten für sie.“

„Wenn Ihr schon die Kapitalisten bekämpft, worum aber auch die Republik?“

„Weil das ein und dasselbe ist. Diese Republik ist nichts weiter als der geschäftsführende Ausdruck der Kapitalistenklasse, genau so wie die wilhelminische Regierung es früher gewesen.“

„Oho! rief der Student und legte sich in Kompliment.

„Ach also bitte, sagen Sie, was ich in Deutschland zu tun habe, um der Arbeiterschaft geholfen zu haben, abgesehen von Regierung und Reichstag, wo man niemand hält.“

„Run, vor allem haben wir doch jetzt Demokratie mit Freiheit und gleichem Wahlrecht.“

Ruders lachte auf. „Demokratie und Freiheit mit dem Bevölkerungszustand in Permanenz! Freiheit? — Wo Ernst Däumig, Paul Levi und tausende andere schon seit Monaten ohne Urteil und ohne Anklage in Schachhaft liegen. Wie die Neuschmiede an Liebhaber, Luxemburg und Dörrenbach frei herumposaieren! Gleiches Recht? — Dazu gehört ja wohl auch das Elementarrecht des Arbeiters, das Streitrecht. Aber machen Sie nur davon Gedanken! Vergangenes Jahr war Rosse mit seinen Garden hier und gab den Kumpels Ausschluß darüber, wie es los geht. Fragen Sie hier herum, wen Sie wollen.“

worden. Der Verteil der SPD-Metallarbeiteraktion und Mitglied der Ortsverwaltung des DBB, der „Linke“ Oswald Hirsch, ging darauf als Wahlvorstand zu den einzelnen Kandidaten der Opposition und drohte ihnen mit dem Ausschluß aus dem DBB, um zu erreichen, daß sie ihre Namen von der Befragungskarte streichen lassen, damit dann die ganze Liste für ungültig erklärt kann. Er hatte jedoch mit seiner Methode kein Glück, aber das Beispiel zeigt zugleich, wie die Reformisten die Entscheidung der Belegschaft fürchten. Für die Belegschaft des Betriebs und die gesamte Arbeiterschaft gilt jetzt erst recht die Parole: Wählt nur rote Betriebsräte!

DER BESTE SCHUTZ



Brandleisten und SPD-Führer gegen Opposition

Im Verband der Zimmerer-Jahsstelle Chemnitz, fanden am Sonntag den 3. März zum zweiten Male die Wahlen zum Vorstand statt. Die erste Wahl wurde auf Verlangen der Gauleitung vom alten Vorstand für ungültig erklärt, obwohl es ordnungsgemäß in der Generalversammlung vorgenommen war. Bei der ersten Wahl wurde der Konservat. Kluge zum (Brandleistenhänger) nicht wieder in den Vorstand gewählt, somit stellt die Neuwahl eine Rettungsaktion für die Brandleisten im Zimmereerverband Chemnitz dar.

Bei der Wahl am Sonntag den 3. März stellten die Brandleistenhänger der Opposition, die Jahrestag der Zimmererverbands, beherrschten, eine eigene Kandidatenliste gegenüber. Dadurch entstand eine gemeinschaftliche Vorstellungsliste der Brandleister und Sozialdemokraten. Die Chemnitzer „Volkstimme“ propagierte offen die gemeinsame Vorstellungsliste, wodurch erreicht wurde, daß das erstmal 2 Sozialdemokraten in den Vorstand der Chemnitzer Zimmerer gewählt wurden. Die Chemnitzer „Volkstimme“ teilte an dieses Wahlergebnis folgende schmunzlige Bemerkung:

„Durch diese Wahl ist der kommunistische Spalt erledigt worden. Die Zeit, in der man Hunderte von Mark für die Rote Hilfe und handte für kommunistische Volksbegehren bewilligen konnte, ist vorbei.“

Die Arbeit der rechten Plakatoren in Chemnitz sollte den Zimmererverband den Reformisten ausliefern. Nach gab es Arbeiter, die nicht glaubten, daß die Brandleisten Leute bewußt die SPD stören wollen. Die Front ist jetzt klar — die Brandleisten stehen offen bei der SPD.

nach dem Osterkrieg von 1919. Sie werden heretische Tatsachen über angewandte Demokratie erfahren. Und für dieses Staatswesen sollen wir uns begeistern?“

„Na ja, es ist ja noch vieles kau im Staat Dänemark,“ antwortete Sutrow. „Über Rom wurde auch nicht an einem Tage erbaut. Es ist ja auch zu viel alter Schutt zu bearbeiten. Mit der Monarchie wurde der Anfang gemacht. Und so wird man sicherlich für Schritt für Schritt.“

„Den alten kapitalistischen Herrschaftsstaat wieder aufzubauen,“ fiel Ruders ihm grimmig ins Wort. „Mit dem standlosen Betriebsrätegesetz ist ja ein Anfang gemacht worden! Das halbe Hundert Tote, das ke in Berlin vor dem Reichstag aufs Blatt kreist, ist sein schlechtes Siegel darunter. Unsere Revolutionserungen schaffen baut man ja per se wieder ab. Jetzt mag regnet man sogar schon wieder unsere Vertreunenleute. Drüber in Mörs streift jetzt gestern wegen eines solchen Falles die Belegschaft der Zeche „Rheinpreussen“.“

Sutrow gefand sich in Hilf, daß er noch viel weniger als der geistige Kugnet. Ruders Argumenten gewachsen war, weshalb er es für kluger hielt, die Diskussion abzubrechen.

„Ach, es soll denn doch mal erst ein anderer kommen, der es besser macht. Leidergenommen Sie sich, wenn Sie vielleicht annehmen, daß ich Mehrheitssozialdemokrat bin. Ich habe mich absichtlich noch an keine Partei gebunden, aber die politische Linie, die Scheidemann gezogen, halte ich doch für die richtige, bis man mich eines Befehls überzeugt.“ lehrte er himzu.

„Ach, dazu würde Ihnen gerade praktische Gewerkschaftsarbeit sehr gut tun,“ lachte Ruders, „aber Hüttenarbeit tut's zur Not auch.“

Sutrow war beleidigt.

Bei Ihnen gilt Scheindorf auch nur die rohe physische Kraft. Datum soll man nicht auch als Intellektuellen die sozialistischen Probleme erfassen? Karl Marx war doch auch kein Hüttenarbeiter.“

„Ach, für ungenug, lieber Freund,“ beschwichtigte Ruders. „Warum das nicht geben soll? Die Ansichten darüber sind auch bei uns geteilt, und zahlreiche Intellektuelle auf unserer Seite scheinen meiner Ansicht unrecht zu geben. Ich aber bin der Ansicht, daß man alles theoretisch erfassen kann, bis auf den Hanger. Sie müssen mal so in Arbeitskleidung einer solchen kleinen Dame, wie der von gestern, in der Stahldrehbank begegnen. Wie sie über Sie die Nase rupft, von Ihnen abrast und Ihren Schwanzrutsch mit königlichem Wasser vertritt. Oder mal mitanhören, wie sich solch hornigter Hösel gefangen hängt über die Arbeiter unterhalb. Sehen Sie, das alles kann keiner aus Büchern lernen. Auch Sie nicht!“

Parteipolitische Ausschlußhebe im Buchdruckerverband

In der am 3. März stattgefundenen Jahreshauptversammlung des Buchdruckerbands Frankfurt a. M. sollten vier oppositionelle Kollegen ausgeschlossen werden. Die SPD-Aktion beantragt gegen die kommunistischen Kollegen Käthe Anna, Böhler, Gotthard und Pölzer wegen ihrer politischen Bekennung den Ausschluß. Bei der geheimen Abstimmung ergab sich jedoch nicht die notwendige Mehrheit für den Ausschluß.

Das ist nach Karlsruhe schon die zweite Ausschlußaktion, die den sozialdemokratischen Führern des Buchdruckerbands vorbeigeht. Es machen eben viele Mitglieder die politische Ausschlußhebe nicht mit. Offenbar deshalb hat jetzt die sozialdemokratische Bürokratie des Buchdruckerbands einen anderen Weg eingeschlagen. Jetzt heißt sie Entlassungen, die in kommunalen Druckereien wegen Arbeitsmangel vorgenommen werden müssen, als „politische Maßregelungen“ hin, um eine Reihe gegen diese Kollegen entfallen zu können. Die Bürokratie hofft einmal, kommunistische Druckereien in den Bankrott treiben zu können und zum anderen, auf diese Weise doch oppositionelle Kollegen ausschließen zu können.

Sie wird sich vertreten. Das Gros der Kollegen ist wird erkennen, was geschieht wird und deshalb wird auch die Aktion gegen die kommunistische Presse vorbeigeht.

5 Pfennig Erwerbslosenunterstützung pro Woche! Wie die Erwerbslosen verhöhnt werden

In Deg (im Bereich des Arbeitsamtes Brandenburg a. H.) wurden Mitte Dezember fünf Landarbeiterinnen arbeitslos. Da diese Landarbeiterinnen als Saararbeiter von der Sonderfürsorge unterstützt werden, unterliegen sie infolge der dort angeordneten Berufsfähigkeitsprüfung vollkommen der Willkür des zuständigen Arbeitsamtsbeamten. Diese Beamten haben für die fünf Frauen folgende Unterstützungssätze pro Woche festgelegt: 1,05 M. — 0,57 M. — 0,45 M. — 0,35 M. — 0,05 M. Auf die Beschwerde der Frauen gegenüber dieser skandalösen Verhöhnung wurde ihnen von den Arbeitsamtsbeamten erklärt, daß diese Unterstützungsätze auf Grund der Nachprüfung festgelegt seien, und daß jede Beschwerde zwecklos sei!

Verantwortlich für diese skandalöse Verhöhnung der Arbeitslosen ist der Sozialdemokrat Paul Brühl, zu dessen Direktionsbezirk das Arbeitsamt Brandenburg a. H. gehört.

Die SPD-Führer sind die Ueberheber des Gelehrten gegen die Saararbeiter und in Beiträgen, wo Sozialdemokraten an der Spitze der Landarbeiterinnen stehen, werden die Erwerbslosen am brutalsten behandelt.

Rur organisierte Gegenwehr der Arbeitslosen kann hier etwas ausrichten.

Gewerkschaftskartell Mücheln gegen die Schandreverste

Im Bezirk Halle nahm das Gewerkschaftskartell Mücheln und Umgegend gegen 1 Stimme folgende Resolution an: „Das Gewerkschaftskartell protestiert auf das entschiedenste gegen denartige Machinationen, wie sie seitens der Bürokratie des Metallarbeiterverbands gegen oppositionelle Gewerkschaftskollegen betrieben wurde. Die Kollegen sollen zur Untersicht von Reversen gezwungen werden, die jeder freien Meinungswahrung innerhalb der Gewerkschaften zuwidern. Das Kartell fordert sämtliche Gewerkschaftskollegen auf, gegen ein berürtiges Schanddokument innerhalb der ganzen Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen und diese dumme Verschlagung der Gewerkschaften seitens der Reformisten aus Schande zu verurteilen.“

Ortsausschuß Hengendorf des ADGB Donnerstag, 14. März 20 Uhr Sitzung im Restaurant zum Aufbaum. Vorstandssitzung 19 Uhr im denselben Lokal.

Kommunistische Redakteure: Kurt Walther, Bruno Goldammer, Rainer Spiegel; ihr Sekretär, Beauftragter und Sport-Billie Werner; für den Pressewart: Arthur Barfert; Jürgen in Dresden, Verlag Dresden; Verlagsdirektor: E. Druck, Peuna, Dresden.

3. Kapitel

Ernst Sutrow hatte sich sein Debüt im Industriegebiet doch etwas anders vorgestellt. Aus der von Romantik und Bäuerlichkeit geprägten Bergarbeit war ganz plötzlich Hochzeit hinter dem Martinofen des Stahlwerkes Zollhafen geworden. Zehn Stunden lang von Güterloren lärmiges, ineinander verschlungenes Schrot abzuladen, ist kein Sport.

Es schneite und regnete abwechselnd, so daß er fortwährend nach sich auf die Haut war. Die aus Rost und Öl bestehende Kruste, mit der er absehbar eine Art Arbeitsuniform bedeckt hatte, weichte auf und zog über Leibwäsche und Haut Schmutzhäuten, so daß er bald vor sich selbst einen Esel befand.

Sutrow kannte ähnlich unangenehme Situationen wohl vom Felde her, hatte aber immer geglaubt, daß es so etwas nur im Kriege gebe. Jetzt mochte er die verblüffende Entdeckung, daß viele Tausende von Arbeitern mittler im Frieden jährlein, jähraus solche Arbeit verrichten, selber dabei aber ebensoviel fanden, als die in Regenmanteln kontrollierenden Aufseher, und schon zuwider waren, wenn der „Schieber“ den von Röste und Kälte Zitternden mal zurief:

„Hängt euch mal fünf Minuten zum Trocknen auf!“

Dann stiegen alle schnell unter den Generator, um sich die nassen Lumpen vom Leib abzudampfen, während ein aufgestellter Polten auf dem Jugendstil spannte. Bei diesen plötzlichen Temperaturwechseln hatte natürlich jeder in der Kolonne Haken, Schnupfen und Reiben, und auch die Grippe machte sich breit.

Den Kollegen gegenüber sich Sutrow die Zähne zusammen, um sich keine Schwäche anmerken zu lassen, hatte er ihnen auch seinen eigenen Heraus verheißen, so verriet doch seine Sprechweise und noch mehr seine Unerschließlichkeit, daß er kein Mann vom Bau war. Sie hielten ihn daher für irgendwelchen verhungerten Heringshändiger, womit sie ihn häufig hantierten.

Sutrow zufrieden, lie auf falscher Fährte zu müssen, ließ sie bei ihrem Glauben.

Und noch vor einem anderen Menschen hütete er sich, seine Schwäche zu透露en: vor Ruders.

Ohne ihn wäre er schon nach drei Tagen auf und davon gegangen. Aber dieser „Radikal“ sollte nicht Gelegenheit bekommen, über Intellektuelle und überzeugte Republikaner zu höhnen. Er hatte sich diese Suppe selber eingebrockt und die wollte er nun auch bis zu Ende auslöpfen. Ruders hatte seit versprochen, ihn bei der ersten sich bietenden Gelegenheit als Leichtgewicht im Schacht unterzubringen. Darauf wartete er, wie auf den Tag der Eröffnung, weshalb er nicht müde wurde, auch nachdem er von Ruders fortgezogen war. Abend für Abend dort vorzupräsentieren.

B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost Sachsen

B

5°
Spar-
marken-
Haball

Spottbilliges Angebot:

Bettluch	mit Matratze, 220 cm	2.98
Bettwäsche	1 Bettw., 2 Kissen,	5.95
Handtücher	10 Leinen	.92
Überschlaglaken	mit	6.80
Wischfischer	15	Schlüssel-
	drücke, Baumwollwaren, Woll-	gasse 9
	waren, Trikotagen, Damenwäsche	
	Herrennäfikat in großer Auswahl!	



Fraueneck
SCHLOSSERGASSE 9
ECKE FRAUENSTR.

FÜR ALLE

Pappe, im Haus, Geschäft, Sport-
Waren, Wunderbar! nicht der Kassen
nur noch die kostlichen

DRESDEN ALTSTADT

Residenz-Büffet und Konditorei

Seestraße 7 • Filiale Wolsenschanze 18

Verlangen Sie

Flaschenbiere, Selters

und Limonaden von den
Mitgliedern des Vereins der
Bierhändler
von Dresden u. Umgeb.

Briesnitzer Mineralbrunnen

ärztlich empfohlenes Tafelwasser / Desgleichen mit
Zitronen- und Himbeer-Aroma / Überall zu haben

Dampfwäscherei Zentrum ist die beste

Telephone 17902 • Grunaer Straße 5 • Telephone 17902

Ginger

Erlichtete
Zahlungs-
bedingungen

Preisstelle
Haball-Geball

Reparaturen

ZUM LEBEN GEFALLEN

DRUGEN

SEIT 1874

DRUGEN

SEIT 1874